

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverlagsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 41

Samstag, den 12. Februar 1938

Jahrgang 1938

Die erzieherische Aufgabe der höheren Schule im nationalsozialistischen Staat.

Erhaltung der Bildungshöhe der neunfährigen Schule trotz Verkürzung auf acht Jahre. — Aus dem Leben herauswachsender Unterricht.

Ein Erlass des Reichserziehungsministers.

DNB Berlin, 11. Februar.

Der Reichserziehungsminister veröffentlicht einen Erlass über Erziehung und Unterricht in der höheren Schule vom 29. Januar 1938, in dessen Eingang es heißt:

„Durch eine Reihe von Erlassen habe ich seit dem Jahre 1933 die äußere und innere Umgestaltung der höheren Schulwesen eingeleitet und vorbereitet. Nachdem ich 1937 die Vereinbarung der zahlreichen Schulformen begonnen und durch den Erlass vom 20. März 1937 der höheren Schule neue Gestalt gegeben habe, welche ich nunmehr mit den nachfolgenden Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der höheren Schule ihrer gesamten Arbeit Ziel und Weg. Ich lege damit in die Hand des Erziehers eine verantwortungsvolle Aufgabe. Sie kann nur dann erfüllt werden, wenn die Lehrer der höheren Schule aus den neuen Bestimmungen Vorschau und Verpflichtung für ihren Dienst an der deutschen Jugend entnehmen und im rechten Geist den nationalsozialistischen Erziehungsgrundsatz in die Tat umsetzen. Ich erwarte voller Vertrauen auf die Einsatzbereitschaft des deutschen Erziehers, daß er die ihm gestellte Aufgabe selbstbewußt und mit gutem Willen erfüllt.“

Am einzelnen wird in dem Erlass auf folgendes besonders hingewiesen: Aus wichtigen Bedürfnisgesichtspunkten ist die neunfährige höhere Schule auf acht Jahre verkürzt. Gleichwohl darf jedoch die Bildungshöhe der höheren Schule nicht herabgemindert werden. Ihre kulturelle Aufgabe und Stellung im Rahmen des Erziehungs- und Schulwesens erfordert, daß durch entsprechende Anforderungen an Schüler und Lehrer die Höhe ihrer Leistungen gesichert wird.

Die gesamte Arbeit soll daher von vornherein auf das Ziel der Weite ausgerichtet werden. Schüler, die leistungsfähig sind oder offenbarte Willens- oder Charaktereigenschaften besitzen, sind von der höheren Schule fernzuhalten.

Die höheren Schulen sind grundsätzlich Volksschulen, die an das Leben und die soziale Volksschule angeschlossen sind. Um jedoch für die leistungsfähige ländliche Jugend den Zugang zur höheren Schule in weitem Rahmen sicherzustellen, bleiben nicht voll ausgebildete Schulen als Zubringeschulen bestehen, die mit Klasse I beginnen und zwei bis fünf Jahrgänge umfassen. Sie werden an eine benachbarte Volksschule angeschlossen.

Da eine gemeinsame Schulerziehung der Geschlechter nationalsozialistischem Erziehungsgeist widerspricht, sind für Jungen und Mädchen grundsätzlich getrennte Schulen

eingerrichtet; die neue hauswirtschaftliche Form der Oberschule für Mädchen steht dabei in ganz besonderem Maße im Dienst der Förderung, die das Leben an die deutsche Frau und Mutter in Familie, Beruf und Volksgemeinschaft stellt.

Den besonderen Begabungsrichtungen und Berufsneigungen der männlichen Jugend entsprechend, wird der Unterricht der Klassen VI bis VIII in der Oberschule für Jungen in einen naturwissenschaftlich-mathematischen und einen sprachlichen Zweig gegliedert, wobei im Hauptteil der Unterricht beider Zweige gemeinsam ist, um die einheitliche Grundlegung des Unterrichts durch die Fächer der deutschsprachigen Gruppe, die Biologie und die Lebenserziehung zu gewährleisten. Mit der Gabelung eng verbunden sind die sprachlichen und naturwissenschaftlich-mathematischen Arbeitsgemeinschaften, die die Leistungshöhe der Schule steigern sollen. Für das Gymnasium ist bedeutungsvoll, daß Griechisch in der Klasse III bis zu drei und bis zur obersten Klasse mit fünf Wochenstunden durchgeführt wird. Die dritte Fremdsprache ist das Englische, das mit Klasse VI beginnt. Außerdem haben die Schüler der Klasse VI bis VIII Gelegenheit, außerhalb des Lehrplanmäßigen Unterricht Französisch mit zwei Wochenstunden zu betreiben.

Der äußere Aufbau der höheren Schule stellt sich wie folgt dar:

A. Hauptform.

1. Oberschule für Jungen:

1. Grundständig, mit den Klassen I bis VIII. Die Oberstufe (Klasse VI bis VIII) jeder Schulform ist grundsätzlich gegliedert: a) Naturwissenschaftlich-mathematischer Zweig, b) sprachlicher Zweig. Dazu kommen Arbeitsgemeinschaften: a) In Naturwissenschaften und Mathematik, b) in einer lebenden Fremdsprache.

2. Aufbauform, mit den Klassen III bis VIII (Aufbauschule). Die Oberstufe ist nicht gegliedert. Pflichtsprachen: Englisch, Latein.

II. Oberschule für Mädchen:

1. Grundständig mit den Klassen I bis VIII. Die Oberstufe hat zwei Formen: a) Hauswirtschaftliche Form, b) sprachliche Form. Pflichtsprachen: Bei

a) Englisch, bei b) Englisch und Latein oder eine weitere lebende Fremdsprache. Wahlprüfungen: Bei a) keine, bei b) eine lebende Fremdsprache oder Latein.
2. Aufbauform, mit den Klassen III bis VIII (Aufbauschule). Die Oberstufe hat die hauswirtschaftliche Form.

B. Sonderform.

Gymnasium für Jungen, grundständig, mit den Klassen I bis VIII. Die Oberstufe ist nicht gegliedert. Pflichtsprachen: Latein, Griechisch, Englisch.

Für Sicherung der Leistungsfähigkeit

Sollten in der Klasse der Unterstufe (I. und II. Klasse) nicht mehr als 40, bei der Mittelstufe (III. bis V. Klasse) nicht mehr als 35 und bei der Oberstufe (VI. bis VIII. Klasse) nicht mehr als 25 Schüler bzw. Schülerinnen umfassen. In der grundständigen Oberschule für Jungen müssen auf der Oberstufe grundsätzlich beide Gabelungswege vorhanden sein, während die Oberschule für Mädchen zwischen beiden Formen wählen oder beide einrichten kann.

Die Oberschule in Aufbauform (Aufbauschule)

Soll in ländlicher Umgebung körperlich leistungsfähige, begabte und charakterlich wertvolle Jugendliche aus allen Schichten unseres Volkes aufgenommen und zur Weite führen. Damit öffnet sich vor allem auch den Kindern der an das Land gebundenen Volksgenossen der Weg zur höheren Schule, der ihnen sonst erspart würde. Die dadurch erforderliche gemeinsame Unterbringung der Schüler in Verbindung mit der Schule auf der Grundlage nationalsozialistischer Gemeinschaftserziehung bezieht in hohen Maße Lebenserziehung, Arbeits- und Unterricht und gewährleistet einen besonders nachhaltigen Erziehungserfolg.

Der Erlass bringt dann weiter die genauen Stundenkontingente für die einzelnen Schulformen, während die Lehrpläne für die einzelnen Klassen demnach in Aussicht genommen werden. Am einzelnen ist von den Stundenkontingenzen hervorgehoben, daß sämtlichen höheren Schulen

für Jungen wöchentlich fünf Stunden Lebens- erziehung

haben werden. Im übrigen ist die Lebenserziehung in dem Erlass des weiteren nicht besonders behandelt, weil die

Nichtlinien für die Lebenserziehung an Jungen-Schulen vom 14. September 1937 bereits die neue Art der Lebenserziehung an allen Schulen, also sowohl der Volks- und auch der höheren Schule, in gleicher Weise gebracht hat. Die Oberstufe für Mädchen hat in den Klassen I bis V ebenfalls fünf wöchentliche Stunden Lebenserziehung, die sich in den letzten drei Klassen in der hauswirtschaftlichen Form und in der Aufbauform auf zwei, in der sprachlichen auf vier verringern.

Hervorgehoben ist die erhöhte Stundenzahl der deutschsprachigen Fächer, also Deutsch, Geschichte und Erdkunde bei allen Schulformen. Auch die musikalische Fächer, Kunst- und Musik, haben eine entsprechende Hervorhebung erfahren.

In einer grundlegenden Einführung behandelt der Erlass den

Standort unserer höheren Schulen im national- sozialistischen Staat.

Es heißt hierin eingangs: Die deutsche Schule ist ein Teil der nationalsozialistischen Erziehungs- und Erziehungsgemeinschaft. Sie hat die Aufgabe, im Verein mit den anderen Erziehungsmächten des Volkes, aber mit den ihr eigentümlichen Erziehungsmitteln, den nationalsozialistischen Methoden zu wirken. Alle echte Bildung kommt aus dem Leben, und Leben kann nur durch Leben entstehen. Wenn der Nationalsozialismus den Vorrang des Lebens und der Tat vor allen Systemen der Erziehung und Bildung behauptet, dann spricht er das Gesetz der Entwicklung, der großen Kultur aus. Politisches Handeln ist die Erfüllung einer neuen Ordnung.

Weder von einer neuen Erziehung, die neue sein kann, muß die Ordnung, der übergeordnete Kraft innewohnt, geschaffen sein. Der Staat Adolf Hitlers ist darum zum Erziehungsstaat geworden, weil der Führer durch die Schöpfung seines Reiches die Kraft seines Volkes in einem einzigen politischen Willen, in einer einzigen alle durchdringenden Weltanschauung zusammenfaßt und damit wieder große und sinnvolle Erziehung möglich macht.

Es wird dann weiter im einzelnen ausgeführt, daß die Schule ihre Aufgabe nur in der Front der nationalsozialistischen Gesamterziehung lösen

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

franco über das bolschewistische Piratentum im Mittelmeer.

Sowjetfonds für organisierte Nach- richtenführung.

L. London, 11. Februar.

Reuter verbreitet ein Interview eines seiner Korrespondenten mit General Franco. „Piratentum“, hat danach General Franco erklärt, „existiert im Mittelmeer, aber nicht auf unserer Seite.“ Die zur Bekämpfung des Piratentums im Mittelmeer der französischen Regierung ergriffenen Maßnahmen veranlassen eine Realität, nämlich die der nationalen Kriegführung. Ob man sie anerkennt oder nicht, hindert nicht daran, daß sie Tatsache sei.

Die Wirksamkeit der von der britischen und der französischen Regierung ergriffenen Maßnahmen sei gleich null. Die sowjetischen oder sowjetischen U-Boote könnten immer ihre Häfen verlassen, um neutrale Schiffe anzugreifen. Das Meer sei so groß, daß Flotten, indem sie Phantomen nachjagen, sich selbst aufreiben. Man dürfe weiterhin nicht vergessen, daß die spanischen Sowjets bereits mehr als 250 Millionen Goldpfeilen für Agitationszwecke in Europa ausgegeben hätten.

Sobald ein sowjetisches U-Boot ein Schiff versenke, treibe dann dieser von den spanischen Sowjets beschaffte Apparat in Tätigkeit, und zwar in ganz Europa.

Der Erud, den das Vernehmen eines britischen Schiffes in Großbritannien mache, sei die natürliche Reaktion eines Volkes, das gefährliche Nachrichten erhalte. Die Reaktion in Großbritannien würde eine andere sein, wenn es die Wahrheit erfuhr. Wirtschaftlich gesehen bildeten die Konterbande-Schiffe eine Gefahr und führen unter einer Mißverständlichkeit. Rote Konterbande betrieben mit Hilfe von gekauften Gold eine unerlaubte Handels- und Geldverkehr. Es sei Pflicht, gegen einen derartigen Handel vorzugehen.

Die britische Nation sei das Opfer der roten Fälschungstaktik. Tatsache sei, daß gekohlene Schiffe unter britischer Flagge die See befahren und daß französische Konterbande treibende sich unter britischer Schiffsflagge verbergen könnten. Er, General Franco, glaube, daß die Kernfrage die sei, ob Schiffe unter dieser falschen Flagge fahren könnten. Das gebe vor allem die Staaten an, deren Flagge verfaßlich sei.

Zur Nichtnennung stellte General Franco grundsätzlich fest, alle Abkommen arbeiteten nur dann, wenn der gute Glaube vorhanden sei.

Sowjetspanische Friedensbemühungen Die Bolschewiken in schwieriger Lage.

DNB Paris, 11. Februar.

Nach einer Meldung des „Jour“ aus Baginone bemüht sich Barcelona seit einigen Wochen verfrüht darum, mit der Nationalregierung in Verhandlungen zu kommen. Die Ursache hierfür sei in der sich ständig verschärfenden innerpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage der bolschewistischen Macht zu suchen, die nunmehr nach den letzten großen Erfolgen der Nationalen an der Iberischen Halbinsel an anderen Fronten „hingelockt“ eine Lösung erfordere. Es werde jedoch bezweifelt, daß sich General Franco zu irgendwelchen Verhandlungen bereit erklären wird, die von ihm zu früheren Zeitpunkten schon mehrfach abgelehnt wurden, es sei denn, daß Barcelona seinen Widerstand endgültig aufgibt.

Internationale Brigade meuterte.

81 „Offiziere“ und 148 Mann standrechtlich erschossen.

(1) Paris, 11. Februar.

Dem „Petit Journal“ wird aus Valencia gemeldet, daß die 118. Internationale Brigade im Augenblick der Abfahrt zur Front auf dem Bahnhof gemeutert habe. Die Aufrechter seien von zwei Bataillonen zuverlässiger roter Truppen und einem Regiment Sowjettruppen umstellt und gefangen genommen worden. Nach am selben Abend seien 81 „Offiziere“ und 148 Mann abgeurteilt und standrechtlich erschossen worden.

Ein Menge französischer Waffen.

DNB Salamanca, 11. Februar.

Nachdem die Nationalisten das bei Teruel erbeutete Kriegsmaterial gesammelt haben, teilen die nationalen Behörden mit, die Unterführung der spanischen Bolschewiken durch Frankreich sei noch an keiner Front so klar zu Tage getreten wie bei Teruel. Der weitaus größte Teil des umfangreichen Kriegsmaterials, das die nationalen Truppen im Abschnitt von Alfambra erbeutet haben, sei französischer Ursprungs. Geschütze, Maschinengewehre, Fliegerbomben, Granaten, Handgranaten und Gewehre vom Typ Reibel seien identifiziert worden, wie sie in der französischen Armee im Gebrauch seien. Dieses Verhalten jener Länder, die das Wort Nichtnennung ständig im Munde führten, könne man nur Betrug nennen.

Die wirtschaftliche Schuldfrage.

Von
Dr. Walter Troll.

Deutschland hat in den letzten 20 Jahren nicht allein unter einem materiellen, sondern auch unter einem ideellen Bankrott zu leiden gehabt, insofern, als es nämlich für fast alle wirtschaftlichen Störungen auf der Erde verantwortlich gemacht und als verantwortliche Partei bezeichnet wurde, an dessen mangelnder Verantwortlichkeit sich ein wirtschaftliches Ausmaß der Völker und eine planmäßige Bekämpfung der Weltwirtschaftlichen Krisen bekämpfte. In anderen Ländern war die bilanzielle Krise, Deutschlands Verhalten trage die Schuld daran, daß die geordneten Verhältnisse nicht in Erfüllung gegangen seien. Es lohnt sich, einen Rückblick auf die Verhältnisse zu tun, die in den letzten 16 Jahren in Richtung auf eine internationale Krisenbewältigung unternommen worden sind, und dabei die Schuldfrage zu erörtern.

Im frühen Frühjahr 1922 trat in Genua die Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, zu der auch Deutschland eingeladen war. Das Reich hatte damals mitten in der Inflation. Der Dollarkurs in Berlin kletterte in gleichem Tempo in die Höhe, wie der Marktkurs an den internationalen Börsen sank. Wer sein Urteil nicht künstlich vernebelte, mußte erkennen, daß die Ausplünderung Deutschlands, besonders die Fortnahme sämtlicher Auslandswerte und die Unterbrechung der Reparationszahlungen — im Jahre zuvor allein eine Goldmarkenlast! — die Hauptursache an der deutschen Inflation und an der deutschen Schuldenkatastrophe war. Und doch leckte es unter „intimer“ französischer Begierde Hammond Voinard durch, daß auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genua über den Verfall der Welt und damit auch über die Reparationsfrage mit keiner Silbe gesprochen werden durfte. Die Konferenz endete mit einer räuberischen Diktation. Von ihr ist auch nicht die kleinste Spur in die Geschichte der Völker eingedrungen. Sie mußte scheitern, weil die Gruppe der Siegermächte die Diskussion über die hauptsächlichsten Störungsmomente verhinderte.

Fünf Jahre später wurde in Genf eine neue internationale Wirtschaftskonferenz abgehalten. Diesmal wurde die Zurechnung der internationalen öffentlichen Meinung über die Ergebnisse — d. h. die fehlenden Ergebnisse — der Konferenz ganz planmäßig betrieben. Die Weltkonferenz sprach eine Reihe von zum Teil recht vernünftigen Empfehlungen aus und übermittelte sie den Regierungen der beteiligten Länder zur Annahme. Obwohl wenige Wochen danach die Tagung der Internationalen Bankierskonferenz zu Stockholm (Juni/Juli 1927) in die gleiche Kerbe schlug, blieben die Empfehlungen auf dem Papier, und es überlebte sich nichts. Rückblickend muß man sagen, daß die Welt noch nicht vom Wahn der Reparationen geheilt war. Der seit 2 1/2 Jahren wirksame Dawes-Plan schien zu funktionieren, und die Gläubiger hatten noch nicht begriffen, daß sie ihnen zurechnenden Reparationsbeiträge selbst finanzierten, nämlich durch die Kredit, die von den Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den Neutralen seit Ende 1924 in die deutsche Wirtschaft hineingedrückt wurden. Die internationalen Währungen bewegten sich nicht, ihre Spekulationen bei der Kreditüberwälzung an das Reich als neue Infamie Deutschlands hinzustellen. Aber da die Konjunktur eine aufsteigende Linie zeigte und das Inland- und Auslandsgeschäft zunahm, fand man sich damit ab, daß die Genfer Empfehlungen unberücksichtigt blieben.

Erst die neue Krise 1931/32, der Zusammenbruch der deutschen Reparationszahlungen und der Preissturz auf dem Rohstoff- und Rohwarenmärkten erzeugte einen neuen Rahmen und neue Ziele nach einer Weltkonferenz, die mit harter Hand die Produktions- und Handelsbemühungen beilegte und ein gesundes Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch herstellte. Die Idee einer neuen Weltwirtschaftskonferenz entstand im Jahre 1932, nachdem die englische Finanzabwertung vom September 1931 in ihrer Wirkung auf die Währung anderer Länder überwunden schien. Großbritannien hatte noch schnell — im Sommer 1932 — kein Vorschlagskomitee mit den Dominions und großen Kolonien des Weltreiches in der kanadischen Hauptstadt unter Dach und Fach gebracht. Man verabredete zunächst einen internationalen Zolltariffvertrag und setzte die neue Weltkonferenz auf den letzten Frühling 1933 fest. Die Londoner Konferenz fand statt; aber sie war ein totes Gebilde. Eines der weltwirtschaftlichen Bedenken kam nicht zum Ausdruck, die amerikanische Union, hatte wenige Wochen zuvor keine Währung vom Gold getrennt und genoss in vollen Zügen den Einfuhrschutz und die Ausfuhrförderung, die eine weiche Währung bietet. Die Londoner Konferenz drohte der amerikanischen Wirtschaft den lebenden Querschnitt von Verlegen bringen zu lassen; sie erlitt eine Beerdigung — nicht einmal erster Klasse — und endete ohne das geringste praktische Ergebnis.

Seit 5 Jahren traut sich niemand mehr, für eine neue Weltwirtschaftskonferenz die Initiative zu ergrei-

ten. Hamlyn Macdonald, der damalige britische Ministerpräsident, hatte durch das Willigen der Londoner Konferenz einen klaren Vorteil zufließen lassen. Niemand unter den Männern, die dafür alleinständig in Betracht gekommen wären, trug Verlangen nach Anerkennung. Stattdessen wollte es auch im Jahre 1933 nicht an Behauptungen, das haben zur Vertiefung gefasste nationalsozialistische Regime in Deutschland habe die Entschlossenheit der Londoner Konferenz gelassen. Auch die Forderung, die der Führer und seine Mitarbeiter aus dem neuen Mithras folgen, wurden demütigt und als mangelnde deutsche Verständigungsbereitschaft gedeutet. Deutschland weigerte sich nämlich, eine neue Weltkonferenz zu beenden, die nicht aus arbeitsfähiger Arbeit von Anfang an auszugehen ist. Dabei ist die kein anderer Dienst als der Einrichtung internationaler Wirtschaftskonferenzen denken als die deutschen Redaktionen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Anwendbarkeit dieses Instruments überhaupt. Noch ein offenkundiger Mithras, — und kein Mensch in der Welt hat auch nur das geringste Vertrauen mehr zu solchen internationalen Verhandlungen.

Wieder wird ein neuer Anlauf gemacht. Die Regierungen Englands und Frankreichs haben den früheren belagerten Ministerpräsidenten Van Zeeland mit vorbereitenden Ermittlungen beauftragt. Ueber die materiellen Vorläufe des belagerten Staatsmannes ist zu hören, ist zunächst Sache der beiden auftraggebenden Mächte England und Frankreich. Aber eines darf auch vom deutschen Standpunkt her schon festgestellt werden: der Bericht Van Zeelands verleiht auf Grund sorgfältiger Nachforschungen unbarbarische die Legende von der deutschen Schuld an der Krise und an der ungenügenden internationalen Krisenbewältigung. Die Maßnahmen, die Deutschland und andere autoritären Staaten — wie insbesondere Italien — ergreifen haben, werden offen als durch eine einseitige Konzeption der Lage anerkannt und mit den andersartigen Maßnahmen, wie sie Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika ergreifen haben, auf die gleiche Stufe gestellt. Nach einander sind die Kriegsschuldfrage und die totale Schuldfrage gefallen. Jetzt ist auch die wirtschaftliche Schuldfrage entlarvt und wird unter anständigen und wirksamen verständigungsbedingten Positionen und Wirtschaften nicht mehr ernstlich behauptet werden.

Die erzieherische Aufgabe der höheren Schule.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

kann, daß sie in diesem Rahmen aber eine Sonderaufgabe hat. Weiter heißt es: Es ist die nicht immer richtig verstandene Eigenart der höheren Schule, daß sie für Erziehungsziele in besonderer Weise mit den Mitteln des Erkenntnis erzieht. Der Nationalsozialismus übernimmt diese Erziehungsaufgabe nicht als Überbleibsel aus einer intellektualistischen Epoche, sondern er begründet sie aus seinem eigenen Erziehungsgedanken. Indem der Schüler nicht nur fertige Ergebnisse übermitteln bekommt, sondern er veranlaßt wird, den Vorgang des Erkenntnis und Verstandes in sich selbst zu vollziehen, soll in ihm die Fähigkeit zu eigener, selbstverantwortlicher Entscheidung geweckt werden.

Wenn der Unterricht aus dem Leben herauswächst, d. h. wenn er an die Umwelt des Schülers, an seine Erlebnis- und Vorstellungsweise anknüpft, so angreifen, dann will und wird er auch lernen, ohne der Gefahr der Unfertigkeit und Zerkrennung zu erliegen. Und er wird in einer solchen Schule auch dann willig lernen, wenn er einmal den Zusammenhang des Gelehrten mit seiner Welt noch nicht eingesehen vermag.

Das durch einen in diesem Sinne lebensnahen Unterricht gewonnene Wissen wird nie vergeblich erworben sein, es wird das jugendliche Gehirn nicht belasten, sondern Wissen und Phantasie des Schülers beleben und seinen Geisteszirkel erweitern. Es gibt keine echte geistige Aufnahmefähigkeit ohne Leidenschaft, ohne Beteiligung des Willens und des Gefühls an den Gegenständen. Das Vernehmen hängt nicht nur vom Verstande, sondern wesentlich von diesen schöpferischen Kräften ab — auch darum ist aller Unterricht Erziehung.

Vorbildlicher Lehrvertrag in der Landwirtschaft.

Ausreichender Urlaub für die Landjugend.

DNB Berlin, 11. Februar.

Der Reichsnährstand hat in Verbindung mit der Reichsjugendführung für die Landarbeiterschaft und für alle Lehrlinge in den Berufen der Landwirtschaft und des Gartenbaues einen Lehrvertrag eingeführt.

Dieser Lehrvertrag enthält wichtige Bestimmungen über die Berufserziehung der Landjugend, über die Pflichten der Lehrherren, über die Behandlung und Ausbildung der Jugend und ferner in jeder Hinsicht als verbindlich bezeichnet werden. Im Lehrvertrag für die Landarbeiterschaft heißt es: „Die Landarbeiterschaft ist ein Erziehungsbereich und Ausbildungsverhältnis auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Treue. Ihr Ziel ist ein beruflich tüchtiger, körperlich gesunder und fester im Nationalsozialismus fester Nachwuchs.“

Zu den Pflichten des Lehrherren gehören u. a. die Anleitung des Lehrlings zu allen im Betrieb vorkommenden Arbeiten, mit denen er im notwendigen Maße betraut gemacht wird. Ferner gehört hierzu neben der Aufnahme des Lehrlings in die Hausgemeinschaft, in der er gute Kost, ordentliche Unterkunft und ausreichende Nachtruhe finden soll, die Anleitung, von den Fortbildungsmöglichkeiten der Berufsschule und der zünftigen Berufsausbildung Gebrauch zu machen. Auch zum regelmäßigen HJ-Dienst wird der Lehrling durch diesen neuen Lehrvertrag angehalten.

Ebenso eindeutig und klar sind die Pflichten des Lehrlings niedergelegt, von denen die Sorgfalt im Umgang mit den ihm anvertrauten Tieren sowie die Wartung der Geräte und Maschinen hervorzuheben ist. Mit dem neuen Lehrvertrag wird für die gesamte arbeitende Landjugend ein ausreichender, bezahlter Urlaub festgelegt. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr erhalten die Lehrlinge 18 Tage, bis zum vollendeten 17. Lebensjahr 15 Tage und bis zum vollendeten 18. Lebensjahr 12 Tage Urlaub. Damit ist für die wohl größte Berufsgruppe mit fast einer Million Jugendlichen die Urlaubsregelung nach nationalsozialistischen Richtlinien durchgeführt. Dieser Regelung kommt um so größere Bedeutung zu, als gerade die Landjugend infolge der starken Arbeitsbelastung des Bauernstandes auf den notwendigen Urlaub in den letzten Jahren verzichten mußte oder freiwillig verzichtet hat. Die Bestimmungen, die dieser neue Lehrvertrag

Der Reichsberufswettkampf aller schaffenden Deutschen eröffnet.

Waldur von Schirach und Dr. Ley sprechen auf der Großkundgebung im Sportpalast.

Das Symbol des Leistungswillens der jungen Nation.

Berlin, 11. Februar.

In einem der bedeutendsten Ereignisse des letzten Jahres fand Freitagabend im Berliner Sportpalast unter Teilnahme von Vertretern der Partei, des Staates, der Wehrmacht, der Wirtschaft, des Reichsarbeitsdienstes und der Reichsjugendführung eine gewaltige Kundgebung statt, mit der zum fünften Mal der Reichsberufswettkampf eröffnet wurde, der in diesem Jahre erstmalig für alle schaffenden deutschen Volksgenossen offen ist. An allen deutschen Gauen beginnt damit der große Wettkampf, der nicht nur ein Bild des Leistungsstandes geben, sondern auch die noch schlummernden Arbeitskräfte der Nation wecken und zu einem vernünftigen Einsatz jedes arbeitenden Volksgenossen führen soll und führen wird.

Mehr als 15 000 Angehörige der Wehrmacht, Frauen aus den Betrieben, Hülfsjungen und Volkswacht füllten den festlich geschmückten Saalraum und bereiteten dem Reichsjugendführer Waldur von Schirach und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley einen überwältigenden herzlichen und begeisterten Empfang.

Nach dem Fahneneinmarsch nahm zunächst

der Leiter des Reichsberufswettkampfes,

Obergruppenführer Hermann

das Wort. Er begrüßte die zahlreichen Ehren Gäste, unter ihnen Reichsminister Göring. Sein besonderer Gruß galt den beiden Männern, die vor nun fünf Jahren den Befehl gaben, die Idee des Berufswettkampfes in die Tat umzusetzen: Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsjugendführer Waldur von Schirach. Obergruppenführer Hermann teilte mit, daß sich im letzten Jahre 1 900 000 Jugendliche zum Leistungswettbewerb gemeldet hatten. Heute konnte er eine Teilnehmerzahl von 2 702 933 melden.

Die Zahl der Teilnehmer hat sich gegenüber dem Vorjahre also um fast eine Million vermehrt. Die Teilnehmerzahl der Jugendlichen allein ist weiter um 200 000 gestiegen, während die Zahl der erwachsenen Teilnehmer sich auf 618 767 beläuft.

Obergruppenführer Hermann stellte dann die Gedanken heraus, die den Reichsberufswettkampf besonders kennzeichnen:

1. Der Reichsberufswettkampf und der Leistungswettbewerb der Betriebe ist heute das bedeutendste Element im Arbeitsleben unseres Volkes. Der sportliche Gedanke des ehren und kameradschaftlichen Wettstreites hat auch im Alltag, im Beruf seine Wirksamkeit gefunden. Jeder Teilnehmer befindet im freien Entschluß durch seinen persönlichen Einsatz, an dem großen Werk des Vierjahresplanes mitzuarbeiten. Seine Leistung ist der Gemeinschaft gewidmet und erhält dadurch ihren eigentlichen Charakter.

2. Die reichseinheitliche Aufgabenstellung und die Auswertung der Ergebnisse ermöglichen einen klaren Überblick über die Leistungen in allen Berufen. Die Erkenntnis der Schwächen führt im gleichen Maße zu ihrer Beseitigung. Das bedeutet in der Praxis eine Leistungssteigerung. Die sozialpolitische Auswertung des Berufswettkampfes hat uns die erste Urteilsbefähigung der schaffenden Jugend gegeben. Durch die Erweiterung des Wettkampfes auf die Erwachsenen erwirkt diese Auswertung eine ungeheure Erneuerung.

3. Der Berufswettkampf ermittelt nach dem Grundsatz der Leistungen systematisch eine Auslese. Die DNF, die Betriebe und die Gemeinden übernehmen die Förderung der Sieger in dem Bewußtsein, daß für ihre Tüchtigkeit der Weg nach oben am kürzesten sein muß. Von den im letzten Jahr ermittelten Siegern sind allein 75 Prozent gefördert worden. Hier tritt zum ersten Male neben die schulische Förderung eine planmäßige berufliche Förderung und für die Erfüllung der Erwachsenen eine sichere Grundlage, die berufliche Weiterentwicklung.

Unter lebhaftem Beifall nahm dann

Reichsjugendführer Waldur von Schirach

das Wort. Er erinnerte einleitend an die Fülle von Ereignissen, die in der letzten Zeit an die deutsche Jugend herangetreten ist. Heute beginnen wir nun, so erklärte er u. a., den fünften großen Reichsberufswettkampf, der diesmal über die Jugend hinaus alle Schaffenden des deutschen Volkes umfaßt.

Demjenigen, der fähig ist, der arbeitet und leistet, soll die Möglichkeit gegeben werden, später einmal für die Gemeinschaft des Volkes tätig zu sein, an einer entscheidenden Stelle im Staat, in der Wirtschaft und in

entfällt, werden von den Kreisbauernschaften in jedem einzelnen Falle bestätigt und ihre Durchführung laufend überwacht.

Bomflugzeug fliegt nach Finnland.

Wieder eine schwere Grenzverletzung.

DNB Helsinki, 11. Februar.

Heute vormittag 10 Uhr deutscher Zeit flog ein sowjetisches Flugzeug auf der Karelien-Landenge weit über finnische Gebiete bis zum finnischen Territorium, also etwa 20 Kilometer diesseits der finnischen Grenze, wo es in Richtung Kronstadt leuchtete. Es wurde von finnischen Grenztruppen unter Feuer genommen, ohne jedoch es zur Landung zwingen zu können.

Der finnische Gesandte in Moskau wurde von der finnischen Regierung beauftragt, Protest einzulegen.

Unverständliches Urteil gegen Deutsche in Polen.

DNB Bromberg, 11. Februar.

Am Donnerstag wurde vom Landgericht in Posen das Urteil im Prozeß der 50 deutschen Eltern aus Neutomischel gefällt, die sich geweigert hatten, ihre Kinder in die polnische Staatschule zu schicken. Die Kinder der deutschen Eltern aus Neutomischel hatten bekanntlich die deutsche Privatschule ihres Heimatortes besucht. Am 1. September 1937 wurde dieser Schule das Gelehrte in dem Gebäude der polnischen Volksschule gestrichen, weil von polnischer Seite der Nachvertrag unter neuen, erst im Jahre 1933, erlassenen deutschen Privatschulgesetzen, die polnischen Schulbehörden gaben wegen angeblicher Baumängel jedoch bis heute nicht die Erlaubnis dazu, daß die deutsche Privatschule ihren Eingang in dieses Gebäude halten kann. In der Hoffnung, daß nach der deutsch-polnischen Wiedervereinigung dem

der Partei zu arbeiten. Das ist der tiefe Sinn unserer Gemeinschaft, daß jeder, der arbeitet und leistet, den Weg für die Zukunft freigelegt bekommt. Wenn es einst in unserem Volke eine Zeit gab, da auch der fähige Arbeiter bei großer Leistung belohnungswürdig war, so ist diese Zeit erhalten geblieben. So schließt die nationalsozialistische Bewegung und die Hitlerjugend diese Epoche ab und begründet eine neue, in der jedem Tätigen das Tor der Zukunft geöffnet ist. Der Reichsberufswettkampf ist das klassische Symbol des Leistungswillens der jungen Nation.

Der Reichsjugendführer erinnerte daran, daß gerade im Berliner Sportpalast die nationalsozialistische Bewegung sich mit den Weltanschauungen von gestern und vorgehens ausenabergesetzt habe. Hier fanden wir uns, wenn es sich darum handelte, eine neue Idee zu gestalten, ein neues Volk zu formen, eine Gemeinschaft aufzurichten und einen Glauben durchzusetzen und gegen die Widerlächer unserer Nation. Hier standen wir und predigten von diesem Glauben und von dem, was uns alle miteinander in jedem Augenblick erfüllt, und heute beginnen wir hier ein neues Werk zu schaffen, es zu befestigen. So gehen wir an unsere Arbeit zur Ehre Gottes und zum Segen der deutschen Nation! (Die Ausführungen des Reichsjugendführers wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen.)

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley

kennzeichnete in seiner Rede, die im wesentlichen der grundsätzlichen Bedeutung des Berufswettkampfes gewidmet war, als den besonders gefährlichen Feind leben Fortschritts die Trägheit, der der Mensch von Natur aus unterworfen ist, die er um der lieben Bequemlichkeit willen mit tausendfacher Mühe zu überwinden will. Aus Wirtschaftliche überlebt bedeutet Trägheit Unfähigkeit. Es bleibe darum, wenn anders das Volk einem Aufstieg entgegen gehen und nicht erstarren und erliegen solle, gar nichts anderes übrig, als die Trägheit der Menschen in unaussprechlicher Kampfe zu überwinden. Es sei geradezu absurd, sich einem Berufswettkampf vor fünf oder zehn Jahren aus nur im untersten Bereich vorzustellen. Damals habe man in alles daran gesetzt, durch Streiks und Auspersierungen die Arbeit als etwas Halsenwertes hinzustellen und damit die Produktion zu vermindern.

Die gleichen Menschen würden nun heute zu einem Wettkampf aufgefordert werden, der ein Appell an ihre Kraft, ihre Ausdauer und im weitesten Sinne, ihren Ehrgeiz und ihren Willen sei.

Unschätzbar aber sei auch der wirtschaftliche Nutzen dieses Wettkampfgedankens, und zwar umso mehr, als bei dem grandiosen Aufbauwerk des Führers auf Jahrzehnte hinaus so viel Arbeit zu leisten sei, daß es gar nicht so sehr an Geld wie an menschlicher Arbeitskraft fehle. Deshalb sei die Schäftigung ein unabwiesbares Gebot.

Ausnahmslos hätten es die früheren Machthaber in Deutschland in trübseligen Lichtstimm verurteilt, die in unserem Volk schlummernden Kräfte zum Segen des Volkes selbst zu wecken und einzulösen. Das zu tun sei eine der großen Aufgaben des nationalsozialistischen Staates und der DNF im besonderen, die damit einen Auftrag des Führers durchführten. Schließlich sei der Wettkampf aber auch das beste Mittel zur Überwindung von Gegensätzen und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Dr. Ley gab in diesem Zusammenhang seiner Überzeugung Ausdruck, daß in einigen Jahren der Berufswettkampf für alle schaffenden Wirksamkeit sein werde. Es erfüllte ihn mit Stolz, daß alle Berufsleute, vor allem auch Handwerker und Handel, teilnahmen, und daß ferner der Reichswirtschaftsminister von sich aus darauf hingewiesen habe, wie wichtig gerade auch die Beteiligung der öffentlichen Betriebe am Berufswettkampf sei.

Nach einem Hinweis auf die praktische Bedeutung der Auswertung der Ergebnisse schloß Dr. Ley mit einem Wort des Dankes an die deutsche Jugend für ihre Mitarbeit an der Sache des Berufswettkampfes.

„Es ist Dein großes Verbleib, deutsche Jugend!“, so rief er aus, „daß Du unser Volk als Ganzes zu diesem Berufswettkampf aufgerichtet hast!“

Der Reichsorganisationsleiter wies abschließend darauf hin, daß alle unsere Mägen um den sozialen Wiederaufstieg erst dann den vollen Erfolg haben werden, wenn Deutschland genügend Raum zur Verfügung steht. Aber auch schon aus moralischen Gründen erhebe unser Volk den Anspruch darauf, mit den anderen Nationen der Erde gleichgestellt zu sein.

Unter stürmischer Zustimmung erklärte Dr. Ley, daß der Führer mit der deutschen Forderung nach Raum und Kolonien des ganze Volk bis zum letzten Arbeiter hinter sich habe.

Dr. Ley schloß seine mit begeistertem Beifall aufgenommene Rede mit dem Bekenntnis zum Führer, dem Deutschland alles verdanke.

November 1937 die deutschen Kinder bald ihre neue deutsche Schule im neuen Schulgebäude werden besuchen dürfen, haben die Eltern ihrer Kinder nicht in die polnische Schule geschickt. Dieser Weigerung wegen wurden gegen hatten die Eltern beim polnischen Landgericht Klage eingeleitet. Die Geldstrafe des Landrats wurde gestern in einem Urteil rechts bestätigt, jedoch die deutschen Eltern für den ersten Monat der Schulverweigerung ihrer Kinder 2000 Zloty an Geldstrafe zu bezahlen haben. Am Klageentwurf sind fünf Klagen vorgesehen. In der Urteilsbegründung hob das Gericht hervor, die deutschen Kinder wären verpflichtet, eine Staatschule zu besuchen.

Neue feststellung zum fall Budenko.

Der Chef der GPU für Mitteleuropa

war in Bukarest.

DNB Bukarest, 11. Februar.

Stand es schon seit Tagen außer Zweifel, daß der Vertreter der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in Bukarest, Brodow, als erwiesener GPU-Agent an dem Versuch in den Budenos, der nach neueren feststellungen eigentlich Smirnow hieß und selbst GPU-Beauftragter war, maßgeblich beteiligt ist, so haben jetzt neue Ergebnisse der rumänischen Untersuchungsbehörden einen weiteren Beweis dafür erbracht, daß es sich um eine GPU-Angelegenheit handelt.

Die Untersuchungsbehörden haben nämlich festgestellt, daß drei Tage vor dem Verschwinden Budenos der Chef der GPU für Mitteleuropa, Tataranow, die rumänische Grenze überschritten hat. An demselben Tage, an dem der frühere sowjetische Gesandte Dr. Ostrowski die Grenze nach Polen überschritt (statt auf dem unmittelbaren Wege über Tighina in Bessarabien), um nach Moskau zu reisen, kam Tataranow aus Moskau über Tighina nach Rumänien. Sogleich nach seiner Ankunft hat er sich mit der Sowjetgeandtschaft in Bukarest in Verbindung gesetzt. Er ist mehrmals am Tage in Bukarest mit Budenos zusammen gekommen, der zur gleichen Zeit von dem Tass-Vertreter und GPU-Agenten Brodow überwacht wurde. Eine letzte

Der Rücktritt Gogas.

Die Nachricht vom dem Rücktritt der Regierung Goga ist wegen der Plötzlichkeit, mit der sie erfolgt ist, völlig überraschend gekommen. An der Schwere der Aufgabe, die sie zu lösen hat vorangetragen hatte, an den Schwierigkeiten, denen sie sich gegenüber sah, an der Schwäche ihrer Position, in der sie sich befand, und schließlich an der Tatsache, daß sie vor einer nahezu unlöslichen Aufgabe stand, an allen diesen widrigen Faktoren konnte von vornherein ein Zweifel nicht vorhanden sein. Es kam nur darauf an, ob sie dieser Widerwärtigkeiten Herr wurde. Wenn Goga und seine Regierung leicht gewungen waren, abzutreten, dann steht das eine fest, daß die Gründe keinesfalls in dem Willen lagen, die Dinge zu melieren, und daß Goga und seine Männer von der besten Absicht befeuert gewesen sind, in ihrem Land und in ihrem Volk Ordnung zu schaffen und eine Neuordnung auf breiter nationaler Grundlage vorzunehmen.

Alle diese Tatsachen schließen aber auch, sich mit der Frage nach den inneren Gründen auseinanderzusetzen und beschließen, die den Rücktritt Gogas veranlaßt haben. Und das ist eine Frage, die an die Dinge grundsätzlich heranreicht. Goga ist gebürtlich ein Mann aus der besten Absicht befeuert gewesen, die im Volk verwurzelt war und für ihn und seine Aufgaben hätte die Basis geben können. Diese Organisation als Ausgangspunkt und Stützpunkt seines politischen Willens fehlte; er hatte keine feste Partei zur Verfügung, weder in der Stadt noch im Lande. Es steht fest, daß ein Regime sich nur aufrichten läßt, wenn im Volk die Voraussetzungen vorhanden sind, die Voraussetzung durch die Schaffung eines neuen, die Menschen aus erfüllenden Geistes, und wenn der Einfluß der eigenen Kraft keine nationalen Stürme nicht aus dem Volk selbst. Ein neues Staatswesen entsteht nicht nur auf dem neuen Geist, von dem ein Volk für seine Aufgaben erfüllt sein muß. Aber über diese Kräfte nicht verläßt, vor sie nicht vorher weilt und sich auf äußere Konstruktionen oder sogar fremde Kräfte stützen will, der wird selbst in seinen besten und edelsten Absichten, die Goga unabweisbar gehabt hat, scheitern müssen.

Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, über das wir uns aus unseren eigenen Erfahrungen ganz klar geworden sind. Ein neues Staatswesen kann nur errichtet und aufgebaut werden auf einem klaren festen Ideengut aus der Kraft des Glaubens, aus der heraus auch die Lebensgestaltung sich entwickelt. Und wenn wir den Verlauf Gogas von dieser Seite her betrachten, dann müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß auch diese unabhängige und durch nichts zu erlösende Voraussetzung nicht vorhanden war. Es ist immer die gläubige, im und auf dem Glauben beruhende Kraft und die in ihm begründete Weltanschauung, die neues schafft. Die großen politischen Ideen verändern das Gesicht der Menschen und der Völker, und daß dem so ist, dafür sind Beispiele ebenso der Nationalsozialismus Adolf Hitlers wie der Faschismus Benito Mussolinis; beide haben sich aus der Idee ihre großen, kraftvollen, lebenswarmen Organisationen geschaffen und sich, ihre Organisationen und die Menschen mit dem Glauben und der Kraft erfüllt, die nötig sind, ein Volk neu zu formen, zu gestalten und zu ordnen, von innen heraus und in seinem äußeren Aufbau. Alles das hat Goga gefehlt, und deshalb ist er den gemessenen Mästen, die sich ihm entgegenstellten, erlegen.

Wir wissen nicht, wie sich nun die Dinge in Rumänien weiter entwickeln werden, welche Kräfte in den Vordergrund treten, wir haben keine Kenntnis von den Absichten und der Formgestaltung der neuen Regierung. Wir wissen nur, daß, wenn sich eine Regierung nur auf die Mittel äußerer Gewalt und äußerer Kräfte stützt und einstellt, daß sie dann wohl am Ende sein kann, daß sie aber noch niemals ein Volk gewandelt hat. Auch für sie gilt das Wort, daß nur auf den eigenen Kräften eines Volkes aufgeschlossenen Volkes aufbauen werden kann. Die Regierung Goga ist abgeworfen, weil sie über diese unerlässliche Grundlage nicht verfügte, deren ein autoritäres Regime bedarf, der Kraft aus dem Volk. Wir werden abwarten haben, inwieweit die neue Regierung geeignet ist, die von uns gekennzeichneten Grundzüge zu verwirklichen.

behördliche Feststellung geht noch dahin, daß neben Budenko und dem Chauffeur noch eine andere Person in dem Kraftwagen war, in dem Budenko von der Geländeschiff abfuhr. Gleichwohl mit Budenko ist auch Tataranow spurlos verschwunden.

Die rumänischen Untersuchungsbehörden haben jetzt endlich die Überzeugung gewonnen, daß der Chauffeur der Sowjetgeandtschaft eine falsche Aussage machte, als er behauptete, Budenko am Sonntagabend nach Hause gefahren zu haben. Auch seine Hausangestellte hat sich in Widerspruch verweigert. Der „Curseur“ schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetunion in der Kunde des Verschwindens wahre Weisheit seien. Immer, wenn jemand zu viel wisse, so „verschwindet“ er. Auch Budenko hätte zu diesen Verschwinden und die, die das Rätsel dieser Affäre lösen könnten, würden ihren Kopf riskieren, wenn sie es versuchten.

Anderthalbjährige Militärdienstpflicht in Oesterreich.

DNB Wien, 11. Februar.

Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht am Freitag in ihrem Geheiß und Verordnungsblatt eine kurze Novelle zu dem Jahre 1936 erlassenen Bundesdienstpflichtgesetz, mit dem die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde. Die Novelle, die auf Grund des Notverordnungsrechtes der Regierung mit Ausschluß der gesetzgebenden Körperschaften erlassen wurde, ist für die Landesverteidigung von außerordentlicher Bedeutung. Zunächst wird einmal die Dienstzeit der neu ausgemusterten Jahrgänge von bisher ein Jahr auf 1 1/2 Jahre erhöht. Diese Erhöhung gilt sowohl für die zum Dienst mit der Waffe einberufenen jungen Männer als auch für die Mindeertauglichen, die zum Dienst ohne Waffe einberufen werden. (Letztere erhalten in einer fälligen Verordnung die Bezeichnung „Wehrdienstliche“.)

Für die Absolventen der sogenannten Mittelschulen, das sind Gymnasien, Realschulen, Handelsakademien usw., wird die Dienstzeit weiterhin ein Jahr betragen. Ferner bestimmt die Gesetzesnovelle, daß in Zukunft bereits die 20jährigen ausgemusterten werden sollen, während bisher die Stellungspflicht erst mit dem 21. Lebensjahr begann.

Staat

Die Nachricht vom dem Rücktritt der Regierung Goga ist wegen der Plötzlichkeit, mit der sie erfolgt ist, völlig überraschend gekommen. An der Schwere der Aufgabe, die sie zu lösen hat vorangetragen hatte, an den Schwierigkeiten, denen sie sich gegenüber sah, an der Schwäche ihrer Position, in der sie sich befand, und schließlich an der Tatsache, daß sie vor einer nahezu unlöslichen Aufgabe stand, an allen diesen widrigen Faktoren konnte von vornherein ein Zweifel nicht vorhanden sein. Es kam nur darauf an, ob sie dieser Widerwärtigkeiten Herr wurde. Wenn Goga und seine Regierung leicht gewungen waren, abzutreten, dann steht das eine fest, daß die Gründe keinesfalls in dem Willen lagen, die Dinge zu melieren, und daß Goga und seine Männer von der besten Absicht befeuert gewesen sind, in ihrem Land und in ihrem Volk Ordnung zu schaffen und eine Neuordnung auf breiter nationaler Grundlage vorzunehmen.

Alle diese Tatsachen schließen aber auch, sich mit der Frage nach den inneren Gründen auseinanderzusetzen und beschließen, die den Rücktritt Gogas veranlaßt haben. Und das ist eine Frage, die an die Dinge grundsätzlich heranreicht. Goga ist gebürtlich ein Mann aus der besten Absicht befeuert gewesen, die im Volk verwurzelt war und für ihn und seine Aufgaben hätte die Basis geben können. Diese Organisation als Ausgangspunkt und Stützpunkt seines politischen Willens fehlte; er hatte keine feste Partei zur Verfügung, weder in der Stadt noch im Lande. Es steht fest, daß ein Regime sich nur aufrichten läßt, wenn im Volk die Voraussetzungen vorhanden sind, die Voraussetzung durch die Schaffung eines neuen, die Menschen aus erfüllenden Geistes, und wenn der Einfluß der eigenen Kraft keine nationalen Stürme nicht aus dem Volk selbst. Ein neues Staatswesen entsteht nicht nur auf dem neuen Geist, von dem ein Volk für seine Aufgaben erfüllt sein muß. Aber über diese Kräfte nicht verläßt, vor sie nicht vorher weilt und sich auf äußere Konstruktionen oder sogar fremde Kräfte stützen will, der wird selbst in seinen besten und edelsten Absichten, die Goga unabweisbar gehabt hat, scheitern müssen.

Es kommt noch ein weiteres Moment hinzu, über das wir uns aus unseren eigenen Erfahrungen ganz klar geworden sind. Ein neues Staatswesen kann nur errichtet und aufgebaut werden auf einem klaren festen Ideengut aus der Kraft des Glaubens, aus der heraus auch die Lebensgestaltung sich entwickelt. Und wenn wir den Verlauf Gogas von dieser Seite her betrachten, dann müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß auch diese unabhängige und durch nichts zu erlösende Voraussetzung nicht vorhanden war. Es ist immer die gläubige, im und auf dem Glauben beruhende Kraft und die in ihm begründete Weltanschauung, die neues schafft. Die großen politischen Ideen verändern das Gesicht der Menschen und der Völker, und daß dem so ist, dafür sind Beispiele ebenso der Nationalsozialismus Adolf Hitlers wie der Faschismus Benito Mussolinis; beide haben sich aus der Idee ihre großen, kraftvollen, lebenswarmen Organisationen geschaffen und sich, ihre Organisationen und die Menschen mit dem Glauben und der Kraft erfüllt, die nötig sind, ein Volk neu zu formen, zu gestalten und zu ordnen, von innen heraus und in seinem äußeren Aufbau. Alles das hat Goga gefehlt, und deshalb ist er den gemessenen Mästen, die sich ihm entgegenstellten, erlegen.

Wir wissen nicht, wie sich nun die Dinge in Rumänien weiter entwickeln werden, welche Kräfte in den Vordergrund treten, wir haben keine Kenntnis von den Absichten und der Formgestaltung der neuen Regierung. Wir wissen nur, daß, wenn sich eine Regierung nur auf die Mittel äußerer Gewalt und äußerer Kräfte stützt und einstellt, daß sie dann wohl am Ende sein kann, daß sie aber noch niemals ein Volk gewandelt hat. Auch für sie gilt das Wort, daß nur auf den eigenen Kräften eines Volkes aufgeschlossenen Volkes aufbauen werden kann. Die Regierung Goga ist abgeworfen, weil sie über diese unerlässliche Grundlage nicht verfügte, deren ein autoritäres Regime bedarf, der Kraft aus dem Volk. Wir werden abwarten haben, inwieweit die neue Regierung geeignet ist, die von uns gekennzeichneten Grundzüge zu verwirklichen.

behördliche Feststellung geht noch dahin, daß neben Budenko und dem Chauffeur noch eine andere Person in dem Kraftwagen war, in dem Budenko von der Geländeschiff abfuhr. Gleichwohl mit Budenko ist auch Tataranow spurlos verschwunden.

Die rumänischen Untersuchungsbehörden haben jetzt endlich die Überzeugung gewonnen, daß der Chauffeur der Sowjetgeandtschaft eine falsche Aussage machte, als er behauptete, Budenko am Sonntagabend nach Hause gefahren zu haben. Auch seine Hausangestellte hat sich in Widerspruch verweigert. Der „Curseur“ schreibt in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetunion in der Kunde des Verschwindens wahre Weisheit seien. Immer, wenn jemand zu viel wisse, so „verschwindet“ er. Auch Budenko hätte zu diesen Verschwinden und die, die das Rätsel dieser Affäre lösen könnten, würden ihren Kopf riskieren, wenn sie es versuchten.

Aufgebaut wurde 11. 10. 1937, 2. 10. 1937, 3. 10. 1937, 4. 10. 1937, 5. 10. 1937, 6. 10. 1937, 7. 10. 1937, 8. 10. 1937, 9. 10. 1937, 10. 10. 1937, 11. 10. 1937, 12. 10. 1937, 13. 10. 1937, 14. 10. 1937, 15. 10. 1937, 16. 10. 1937, 17. 10. 1937, 18. 10. 1937, 19. 10. 1937, 20. 10. 1937, 21. 10. 1937, 22. 10. 1937, 23. 10. 1937, 24. 10. 1937, 25. 10. 1937, 26. 10. 1937, 27. 10. 1937, 28. 10. 1937, 29. 10. 1937, 30. 10. 1937, 31. 10. 1937, 1. 11. 1937, 2. 11. 1937, 3. 11. 1937, 4. 11. 1937, 5. 11. 1937, 6. 11. 1937, 7. 11. 1937, 8. 11. 1937, 9. 11. 1937, 10. 11. 1937, 11. 11. 1937, 12. 11. 1937, 13. 11. 1937, 14. 11. 1937, 15. 11. 1937, 16. 11. 1937, 17. 11. 1937, 18. 11. 1937, 19. 11. 1937, 20. 11. 1937, 21. 11. 1937, 22. 11. 1937, 23. 11. 1937, 24. 11. 1937, 25. 11. 1937, 26. 11. 1937, 27. 11. 1937, 28. 11. 1937, 29. 11. 1937, 30. 11. 1937, 1. 12. 1937, 2. 12. 1937, 3. 12. 1937, 4. 12. 1937, 5. 12. 1937, 6. 12. 1937, 7. 12. 1937, 8. 12. 1937, 9. 12. 1937, 10. 12. 1937, 11. 12. 1937, 12. 12. 1937, 13. 12. 1937, 14. 12. 1937, 15. 12. 1937, 16. 12. 1937, 17. 12. 1937, 18. 12. 1937, 19. 12. 1937, 20. 12. 1937, 21. 12. 1937, 22. 12. 1937, 23. 12. 1937, 24. 12. 1937, 25. 12. 1937, 26. 12. 1937, 27. 12. 1937, 28. 12. 1937, 29. 12. 1937, 30. 12. 1937, 31. 12. 1937, 1. 1. 1938, 2. 1. 1938, 3. 1. 1938, 4. 1. 1938, 5. 1. 1938, 6. 1. 1938, 7. 1. 1938, 8. 1. 1938, 9. 1. 1938, 10. 1. 1938, 11. 1. 1938, 12. 1. 1938, 13. 1. 1938, 14. 1. 1938, 15. 1. 1938, 16. 1. 1938, 17. 1. 1938, 18. 1. 1938, 19. 1. 1938, 20. 1. 1938, 21. 1. 1938, 22. 1. 1938, 23. 1. 1938, 24. 1. 1938, 25. 1. 1938, 26. 1. 1938, 27. 1. 1938, 28. 1. 1938, 29. 1. 1938, 30. 1. 1938, 31. 1. 1938, 1. 2. 1938, 2. 2. 1938, 3. 2. 1938, 4. 2. 1938, 5. 2. 1938, 6. 2. 1938, 7. 2. 1938, 8. 2. 1938, 9. 2. 1938, 10. 2. 1938, 11. 2. 1938, 12. 2. 1938, 13. 2. 1938, 14. 2. 1938, 15. 2. 1938, 16. 2. 1938, 17. 2. 1938, 18. 2. 1938, 19. 2. 1938, 20. 2. 1938, 21. 2. 1938, 22. 2. 1938, 23. 2. 1938, 24. 2. 1938, 25. 2. 1938, 26. 2. 1938, 27. 2. 1938, 28. 2. 1938, 29. 2. 1938, 30. 2. 1938, 31. 2. 1938, 1. 3. 1938, 2. 3. 1938, 3. 3. 1938, 4. 3. 1938, 5. 3. 1938, 6. 3. 1938, 7. 3. 1938, 8. 3. 1938, 9. 3. 1938, 10. 3. 1938, 11. 3. 1938, 12. 3. 1938, 13. 3. 1938, 14. 3. 1938, 15. 3. 1938, 16. 3. 1938, 17. 3. 1938, 18. 3. 1938, 19. 3. 1938, 20. 3. 1938, 21. 3. 1938, 22. 3. 1938, 23. 3. 1938, 24. 3. 1938, 25. 3. 1938, 26. 3. 1938, 27. 3. 1938, 28. 3. 1938, 29. 3. 1938, 30. 3. 1938, 31. 3. 1938, 1. 4. 1938, 2. 4. 1938, 3. 4. 1938, 4. 4. 1938, 5. 4. 1938, 6. 4. 1938, 7. 4. 1938, 8. 4. 1938, 9. 4. 1938, 10. 4. 1938, 11. 4. 1938, 12. 4. 1938, 13. 4. 1938, 14. 4. 1938, 15. 4. 1938, 16. 4. 1938, 17. 4. 1938, 18. 4. 1938, 19. 4. 1938, 20. 4. 1938, 21. 4. 1938, 22. 4. 1938, 23. 4. 1938, 24. 4. 1938, 25. 4. 1938, 26. 4. 1938, 27. 4. 1938, 28. 4. 1938, 29. 4. 1938, 30. 4. 1938, 31. 4. 1938, 1. 5. 1938, 2. 5. 1938, 3. 5. 1938, 4. 5. 1938, 5. 5. 1938, 6. 5. 1938, 7. 5. 1938, 8. 5. 1938, 9. 5. 1938, 10. 5. 1938, 11

Belagerungszustand in Rumänien.

Revision der Verfassung angekündigt und Parteienaktivität ausgesetzt.

Das Kabinett des Patriarchen Miron Cristea.

DNB Bukarest, 11. Februar.

Die neue rumänische Regierung ist noch in der Nacht gebildet worden. Gegen drei Uhr früh wurde folgende Zusammensetzung bekannt:

Ministerpräsident: Patriarch Miron Cristea, Staatsminister: Die ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Angelescu, Marshall Averescu, Professor Jorga, Mironescu, Baida-Boevod, Baitoiu, Tatarescu, gleichzeitig Außenminister. Finanz- u. vorkauf Zuckminister: Cancio (liber.), Gesundheitsminister: Costinescu (liberal), Kultus- und Unterrichtsminister: Samandi (liberal), Verkehrsminister: Dr. Angelescu (Rumänisch, Front), Arbeitsminister: Micescu (Rumänisch, Front), Industrie- und Handelsminister: Argetoianu (Präsident der Agrarpartei), Landwirtschaftsminister: Prof. Jonsescu-Sieschti (Vertrauensmann von Professor Jorga), Innenminister: Calinescu (ehem. Nationalgarantist), Minister für Krieg, Marine, Luftfahrt: General Ion Antonescu, Interaktionssekretär: General Paul Theodorescu.

Der Ministerpräsident Patriarch Miron Cristea, der 72. Lebensjahr steht, ist seit 1925 Oberhaupt der rumänisch-orthodoxen Kirche und war vorher Bischof im Banat. Der Patriarch genießt ein außerordentlich großes Ansehen im rumänischen Volk.

Von den ehemaligen Ministerpräsidenten sind nur Goga und Maniu nicht in das Kabinett eingetreten. Die liberalen Minister und der Landwirtschaftsminister haben im Kabinett Tatarescu angehört. General Antonescu, der Kriegsmilitärminister im Kabinett Goga war, hat das Marine- und Luftfahrtministerium noch hinzugenommen. Auch ihm hat nach der Innenminister Calinescu der Regierung Goga angehört.

Die neue Regierung hat noch im Laufe der Nacht den Belagerungszustand zur Aufrechterhaltung der Ordnung verhängt. Alle Nachrichtenmittel sind in die Hände der militärischen Organe gegeben worden, die auch die Pressezensur handhaben und Versammlungen verbieten und auflösen können. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, wenn es für zweckmäßig angesehen wird. Vergehen werden durch die Militärgerichte abgeurteilt. Die Tätigkeit der Parteien wird bis zur Revision der Verfassung einstellend ausgesetzt. Das Parlament wird vorzeitig nicht zusammentreten. Sämtliche Präzedenz des Landes sind aberkannt worden und durch Militärpräzedenz ersetzt.

Bei der Eidesablegung des neuen Kabinetts hat König Carol eine Rede gehalten, in der er ausrief, daß es ein außergewöhnlicher Augenblick in der Geschichte des rumänischen Volkes sei. Er dankte dem Vaterlandsgedächtnis und dem Pflichtgefühl der ehemaligen Ministerpräsidenten, die sich zur Verfügung gestellt hätten. Rumänien trete in einen neuen Zeitraum ein, in dem der Trümmern der Vergangenheit mit größter Energie und mit Nachdenken vertrieben werden müßten. Er — der König — helfe, daß jeder Minister bereit sei, ihm mit aller Energie zu helfen. Ueber die Antimonarchie des neuen Ministerpräsidenten ist amtlich nichts mitgeteilt worden.

Inzwischen hat der König einen Aufruf an das Volk gerichtet, in dem er davon spricht, daß Unruhe und Verwirrung in das Leben und in die Seele des rumänischen Volkes eingekehrt seien. Sie verlangten nach einer Entscheidung. Rumänien müsse gerettet werden, und er sei entschlossen, dies zu tun nach der jetzigen Richtung der Belange des Vaterlandes. Aus diesem Grunde habe er eine neue Regierung unter

der Präzedenz des rumänischen Patriarchen berufen, eine Regierung von Männern der Verantwortung. Diese Regierung werde das Verwaltungsleben des Staates entpolitisieren und sich einen Wechsel der Verfassung entsprechend den Notwendigkeiten des Landes vorbehalten. Er — der König — habe sich entschlossen, diesen Weg mit aller Energie und mit der Ueberzeugung zu gehen, daß er für das Land notwendig sei.

Die Wahlen aufgehoben.

DNB Bukarest, 11. Februar.

Wie die Presse mitteilt, sind die für den 2. März angeordneten Wahlen durch königliches Dekret aufgehoben.

Der Druck der Juden.

DNB London, 11. Februar.

Der Rücktritt der rumänischen Regierung hat in der Londoner Presse starke Beachtung gefunden. Bis vor halten sich die Blätter zwar eigener Stellungnahmen, doch versuchen sie bereits in ihren Bukarest-Meldungen die Gründe zu erfassen, die zum Rücktritt Gogas geführt haben. Im Bukarest-Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, der Vorkauf der Juden habe die Regierung zu Fall gebracht, denn die Juden hätten

nach 80 Proz. des rumänischen Handels in der Hand. Zudem hätten Frankreich und die Tschechoslowakei gedroht, Rumäniens Aufrüstung nicht weiter zu unterstützen und alle Kredite zu sperren. — „Daily Herald“ behauptet, nach den Genfer Besprechungen zwischen Eden, Delbos und Micescu sei König Carol mitgeteilt worden, daß die britische und französische Regierung auch weiterhin unbefriedigt von der Haltung der Goga-Regierung gegenüber den Minderheiten vorgetragen sei. — In der Bukarest-Meldung der „Daily Mail“ heißt es, Gogas Kabinett sei gestürzt wegen der Spannung mit den Sowjets, wegen der inneren Schwierigkeiten infolge der wachsenden Volkstümlichkeit der Eisernen Garde und wegen der finanziellen Krise als Folge der Stellungnahme gegen die Juden.

Polnische Urteile über den Rücktritt Gogas.

Warschau, 11. Februar.

„Gazeta Polska“ und „Czasy Nowe“ veröffentlichen eine Meldung aus Bukarest, in der auf die Gründe des Regierungswechsels eingegangen wird. Einer der Hauptgründe sei wohl die Spannung gewesen, die sich zwischen der Eisernen Garde, die immer einflußreicher unter der Bevölkerung werde, und allen anderen Gruppierungen entwickelt habe. Die Enthaltung der Eisernen Garde von der Wahlpropaganda habe zwar die Gefahr einer Verschärfung der innerpolitischen Lage fürs erste beseitigt, aber eine endgültige Klärung nicht erleichtert. Weiter wird in der Meldung darauf hingewiesen, daß die von Goga geführte Entwicklung besonders in Frankreich und England unliebsam verfolgt worden sei.

Schwerer Sturm im Nordseegebiet.

französischer Dampfer bei Juist aufgelaufen.

— Bremen, 11. Februar.

Schwerer Nordweststurm, der in der Nacht zum Freitag über die Nordsee und ganz Nordwestdeutschland hinwegfegte, hat zahlreiche Schäden verursacht. Am Donnerstagabend wurden von dem französischen Dampfer „Boule“ (5874 BRT), der von Hamburg mit einer Ladung Stützmittel nach Frankreich unterwegs war und sich in der Nähe von Vorkum befand, SOS-Rufe ausgesandt. Der Vorkumer Bergungsdampfer „Albatros“, der Lotsendampfer „Emden“ und das in der Nähe befindliche Panzerkreuzer „Deutschland“ liefen sich sofort zu dem auf der Nordseite der Insel Juist aufgelaufenen Dampfer in Marsch. Schwere Brecher legten über das Schiff, so daß die Besatzung noch nicht gerettet werden konnte. Die deutschen Bergungsdampfer „Albatros“ und „Seebär“ befinden sich in der Nähe der Unfallstelle.

Nördlich von Nordsee ist ein Schiff unbekannter Nationalität wegen Maschinenschadens vor Anker gegangen und hat um Schlepperhilfe gebeten. Der finnische Dampfer „Dagmar“, der sich auf dem Wege von Vorkum nach Nordenham befand, hat auf der Höhe von Vorkum in schwerem Sturm Anker und Rette verloren und wird nach Emden zurückgeführt. In Bremerhaven sind zwei kleine Barkassen gesunken.

Inzwischen abgeflaut.

— Hamburg, 11. Februar.

Der schwere Nordweststurm, der am Donnerstagabend über Hamburg und dem Küstengebiet zeitweilig Windstärke 11 erreichte, beruhigte sich im Laufe der Nacht und flaute am Freitagmorgen noch weiter ab. Die

auf der Ausreise nach Chile befindliche Biermahlbar „Boule“, die am Donnerstag nachmittag auf der Unterelbe auf Grund geraten war, ist inzwischen wieder freibugiert worden und liegt jetzt in der Nähe der Strandpostelle vor Anker, um bei besserem Wetter die Reise fortzusetzen. Ein Opfer des Sturmes wurde der Motorjäger „Catharina“ aus Kolmar. Der Segler schlug voll; die Besatzung ist gerettet. Der Schiffsverkehr ist im Laufe des Freitag vormittags wieder in vollem Umfang aufgenommen worden.

Erhebliche Sturmschäden in Wilhelmshaven.

+ Wilhelmshaven, 11. Februar.

Der heftige Nordweststurm, der über die Nordsee fegte, hat auch in verschiedenen Städten erheblichen Schaden angerichtet. Besonders stark mitgenommen wurden die leichten Freizeitanlagen, so daß einige Stadteile teilweise ohne Licht waren. Straßenbäume wurden entwurzelt oder umgeknickt und zahlreiche Schaulustigen wurden die Füße zertrümmert. In mehreren Fällen wurden die Dächer teilweise von den Häusern gerissen. Auf nicht allfällige Weise bewies der Sturm eine Gewalt, daß er einen schweren eisernen Fahrradständer einer Schule über eine zwei Meter hohe Mauer hinaufbrachte. Menschen kamen nicht zu Schaden.

10. arabischer Vertikongress in Bagdad. Der 10. arabische Vertikongress ist am Mittwoch in Bagdad eröffnet worden. Der Kongress steht unter der Schirmherrschaft Königs Ghazi, der die Eröffnungsansprache hielt. Ueber 400 arabische Vertreter sind nach Bagdad gekommen, darunter 230 aus Ägypten, Syrien und anderen arabischen Ländern. Hauptthemen des Kongresses sind Malaria, Wechselfieber und andere Tropenkrankheiten.

Der regierungsfreundliche „Kurjer Poranny“ schreibt, es sei zunächst noch schwer, über die plötzliche und wichtige Umstellung in Rumänien ein Urteil zu fällen. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß in der Hauptsache äußere Schwierigkeiten den Rücktritt der Regierung Goga veranlaßt haben. Das Blatt verweist hierbei auf die Minderheiten des internationalen Judentums in Genf. Man könne aber darauf hinweisen, daß mit keinen besonderen Änderungen in der äußeren Politik Rumäniens zu rechnen sei. Sie unterstehe der persönlichen Kontrolle des Königs Carol und sei infolgedessen unabhängig von dem gerade im Amt befindlichen Außenminister. Die Außenpolitik Antonescus sei von Micescu fortgesetzt worden, und mit Gewißheit werde auch der neue Außenminister die gleiche außenpolitische Linie einhalten.

Einheitliche Pflichtversorgung für die Ärzte.

▼ Berlin, 11. Februar.

Die Reichsarztelammar hat die Schaffung einer einheitlichen Pflichtversorgung für alle deutschen Ärzte in einer Anordnung verfügt, die jetzt die Zustimmung des Reichswirtschaftsministers gefunden hat.

Um die Ärzte und ihre Hinterbliebenen vor dringender Not zu schützen, wird nach der Anordnung bei denjenigen Ärztelammern, für die bisher Versorgungseinrichtungen nicht bestanden, eine Abteilung der Versorgung errichtet. Weiterbestehende bisherige Versorgungseinrichtungen werden entsprechend umgestellt. Die Reichsarztelammar gliedert für den Bereich der Ärztelammar mit der Verpflichtung einen Versorgungsvertrag, der Berufsunfähigkeit, Alters- und Hinterbliebenenrente sowie ein Sterbegeld umfaßt. Als Richtlinie gelten dabei folgende Sätze: Sterbegeld 2000 Mark, Berufsunfähigkeit- bzw. Altersrente 1500 Mark, Witwenrente 1000 Mark, Kindergehalt 300 Mark und Vollwaisenrente 600 Mark. Dem Leiter der Abteilung Versorgungsvorgang steht ein Ausschuss für das Versorgungswesen zur Seite. An der Ärztelammar nehmen alle Ärzte teil, die der Ärztelammar angehören. Bestehen im Bereich einer Kammer noch andere Versorgungseinrichtungen, so kann die Reichsarztelammar den Ärzten, die diesen bereits angehören, die Fortsetzung der Teilnahme zur Pflicht machen.

Im übrigen sind von der Pflichtteilnahme befreit, Ärzte, die bei der Errichtung der Abteilung schon älter als 40 1/2 Jahre sind, Ärzte, die in öffentlichen Stellen tätig sind, festangestellte Ärzte, die einen Ruhegehaltsanspruch haben, ferner auf Antrag Ärzte, die bereits eine gleichwertige Lebensversicherung besitzen, und verheiratete weibliche Ärzte, deren Ehemänner einen Ruhegehaltsanspruch haben. Alle Ärzte, die an der Versorgung teilnehmen, zahlen als Beitrag einen Hundertsatz ihres ärztlichen Berufseinkommens, mindestens aber die Hälfte des Durchschnittsbeitrages.

Das Deutsche Ärzteblatt bemerkt zu der neuen Anordnung, die Altersgrenze von 40 Jahren, die im Hinblick auf die Prämienhöhe notwendig gewesen sei, gelte nur, soweit die Versorgung neu aufgenommen werde, und zwar nur für die Ärzte, die sich am Stichtag bereits niedergelassen haben. Alle neu hinzukommenden Ärzte seien versicherungspflichtig, auch wenn sie älter seien. Die Beiträge der Ärzte sollen nicht einfach den Individualprämien entsprechen. Die Versorgung sei eine Gemeinschaftsaufgabe, der dadurch Rechnung getragen werde, daß grundsätzlich neben dem in der Anordnung vorgesehenen Mindestbeitrag ein sozialer Ausgleich erhoben werde.

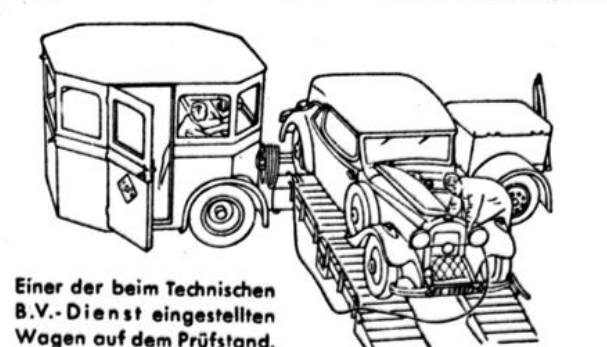
Geburtsstagswünsche des Führers an den König von Ägypten. Der Führer und Reichkanzler hat dem König von Ägypten zum Geburtsstags drähtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Die Organisation des britischen Luftschutes. Wie Unterstaatssekretär Geoffrey Lloyd Donnerstag bekannt gab, befindet sich zur Zeit ein Buch mit Anweisungen für die Luftschutstellen in England in Vorbereitung, das in 500 000 Stück verteilt werden soll. Das Buch enthält Erläuterungen für alle am Luftschutz beteiligten Stellen.



„Die Hauptsache: Zuverlässigkeit und Sicherheit!“

„...und außerdem: Frau Maurer spart Betriebsstoff!“



Anspringen durch. Zum anderen liegt die Sparsamkeit von B.V.-Aral in seinem großen Kalorienreichtum bedingt durch den hohen Benzolgehalt. Je mehr Kalorien im Liter, desto mehr Fahrkilometer. B.V.-Aral arbeitet also trotz eines Mehrpreises in allen Motoren wirtschaftlich.

Seit ich Aral fahre, gib's für meinen Motor kein Stottern und kein Verschlucken. Morgens springt der Motor leicht an. Die steile Ausfahrt aus meiner Garage macht nicht die geringsten Schwierigkeiten. Selbst wenn im Winter der Motor kalt ist, zieht der Wagen mit Aral sofort glatt durch. Wie gesagt, mir ist die Hauptsache Zuverlässigkeit und Sicherheit.“ (Frau Maurer, Berlin-Schöneberg, Bogener Straße 8)

Besser fahren — und sparen!



An den Benzol-Verband G. m. b. H., Bochum. Teilen Sie mir bitte Ort und Zeit mit, wann und wo ich meinen Wagen auf B.V.-Aral einregulieren lassen kann und senden Sie mir kostenlos die Broschüre „Besser fahren und sparen“.

Name: _____ Beruf: _____

Wohnort: _____ Straße: _____

U/132

Suche im Nebel.

Von
Ralfred von Harklein.

Ein auf hoher See befindlicher Dampfer hatte auf seinem Kurs treibende Eisberge gesichtet, noch dazu auf einer wenig befahrenen Route, die um diese Zeit noch als absolut sicher galt, und sofort die entsprechende Meldung weiter geschickt. Da gleichzeitig leichter Nebel aufzukommen begann, bemühten sich Küstenstationen, mit dem gefährdeten Schiff in Verbindung zu treten. Dies gelang auch in allen Fällen, mit einer einzigen Ausnahme:

Die „Bohonia“, ein alter Trampdampfer, der nur ausnahmsweise auf Europafahrt eingesetzt worden war, hatte auf die Signale nicht geantwortet. Er führte keine Radioanlage mit sich, und man mußte annehmen, daß die Funkentelegraphstation gestört sei. Dabei befanden sich 75 Passagiere auf Zwischendeck, und ihr Kurs führte gerade auf jenen zu, dem man für die fast unsichtbar dahintreibenden Eisberge besorgnet hatte. Die Lage war somit außerordentlich kritisch. Tatsächlich waren von der Marinestation auch schon Militärflieger eingesetzt worden, aber der Veffler der kleinen Transoceanlinie, dem der alte Kasten gehörte, hatte sich doch auch an uns um einen Flieger gewandt.

Ich war an der Reihe und meldete mich ohne größere Begeisterung, aber Dienst ist Dienst. Dann ist meine Maschine klar, und ich nehme Kurs auf Europa.

Ich überflog die Neugier — unter Privatflugzeugen steht westlich der City. Tief unten kamen sich die Wagen in den Avenuen zu endloser Kette. Dann bin ich über der Küste, konstatierte, daß die Freiheitsstatue eine weiche Wölfe aufsteht hat. Der Ocean. — Ein paar kleinere Dampfer und Barkassen quirlen noch umher, dann nur mehr die endlose, graue Fläche, über die der Schatten meines Apparates dahinjagt.

Die „Bohonia“ befindet sich seit annähernd 20 Stunden in See. Glücklicherweise läuft die alte Kiste nicht allzu schnell und wahrscheinlich kann ich in ein paar Stunden aufholen. Immerhin muß ich dann auch noch zurückkommen. — Aber meine Tanks sind für fast zehn Flugstunden gefüllt; das muß jedenfalls reichen.

Über zwei Stunden sind vergangen. Ich muß schon auf den Kurs achten; ein lästiger Seitenwind treibt mich immer wieder ab. Ein paar mal habe ich auch Schiffe gesichtet. Die „Bohonia“ war nicht darunter.

Obwohl noch heller Mittag sein sollte, wird die Sicht immer schlechter. Nebel! Er macht die Lage bedenklich. Wie soll ich auch im schweren Nebel, der hier zu drohen scheint, den Dampfer finden, den ich nicht einmal anfunken kann? Und allzu viel Zeit darf ich auf der Suche auch nicht verlieren.

Wahrscheinlich bekomme ich im Kopfhörer Morseignale. Es ist der eine der eingesetzten Militärflieger. Ich melde mich. Er hat den Dampfer bisher nicht finden können, da dieser vom Kurs abgewichen zu sein scheint. Der andere Flieger mußte zurück; leichte Störung in der Benzinzufuhr, weitere Suche daher gefährlich. — Mein Gesprächspartner selbst will noch eine halbe Stunde weiter suchen, dann wird auch er zurückzukehren. Sein Aktionsradius war um etwa zwei Stunden geringer als der meine.

Wir einigen uns auf das Taktat, das wir abfluchen wollten, dann verstummen die Signale.

Ich suche weiter. Eine Stunde ist vergangen. Der Nebel nimmt schon fast jede Sicht. Richtige Waiskinder. Da meldet sich auch der Militärflieger wieder. Wuf jetzt endlich zurück. Schönte Zeit. Mit mir daselbe zu tun.

Soll ich wirklich aufhören? Schließlich habe ich fast zwei Flugstunden ihm voraus. Und dann: die 75 auf Zwischendeck!

Ich verabschiede mich, fliege weiter. Meine Augen — eigentlich sollen es gleichzeitig Schwimmer sein, aber bei diesem Seegang sind sie's wahrscheinlich nur für zehn Minuten — streifen fast die Wogen. Ein paar Leuchtturketen verfliegen im dichten Nebel.

Meine Brennstoffzufuhr geht noch knapp die Menge, die für den Rückflug reichen soll. Sicher ist auch das nicht mehr. Also aus. Acht. — Und die 75...

Der Nebel ist hier nicht mehr so dicht, man sieht wenigstens wieder ein paar hundert Meter. Die letzten Raketen schießen ins Leere. Eigentlich sinnlos.

Da sieht aus der nächsten Nebelbank ein heller, farbiger Schein hervor. Sollte eine meiner Raketen sich zu spät entzündet haben? Nein, da ist doch der Schein wieder. Und gleichzeitig kann ich auch unten einen großen dunklen Schatten ausmachen.

Das muß die „Bohonia“ sein!

Sie ist es wirklich! Jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn es nicht schon zu spät ist.

Mein Apparat kreist über dem schwarzen Trampdampfer. Menschen lehnen an der Reling, blicken wahrscheinlich erstaunt zu mir herauf. Ich morse mit dem Scheinwerfer hinunter: „Achtung — Eisberge — in Eurem Kurs! — Achtung!“

Ich muß solange morfen, bis man mir von unten „Verstanden“ signalisiert wird.

„Achtung! — Eis...“ Ich signalisierte automatisch. Aber meine Augen blicken längst nicht mehr auf das Schiff, um das Antwortsignal zu geben. — Was schließt sich uns da vorne, vom Nebel fast verhüllt, genau im Schiffskurs entgegen?

Weiße, gigantische Blöcke, wenige Meter aus dem Wasser ragend von unten wohl fast unsichtbar, noch dazu in diesem Moment, wo alle Blicke auf dem Schiff zu dem merkwürdigen Vogel in der Luft über ihnen gerichtet sind.

Der Dampfer aber fährt mit voller Kraft auf den weißen Tod zu! Durch Sekunden, die hier entscheidend über Tod und Leben sein können zermarterte ich mit meinem Kopf um einen rettenden Einfall. Dann höre ich mit Vollgas auf die weiße, drohende Gefahr hinunter. Wie ich die Menschen da unten sehen mag!

Raum zweihundert Meter trennen das ahnungslose Schiff noch von seinem Verderben, während ich die Eisberge, die ich jetzt mit den Augen streife, zu umkreisen beginne. Noch 100 Meter, 50... Ich muß den Apparat in die Höhe reißen.

Da endlich geht ein Jittern durch den Schiffsrumpf, die Maschinen arbeiten mit ganzer Kraft zurück und der Dampfer gleitet zur Seite, während sein Bug den Eisblock zu berühren scheint.

Die Leute auf der Reling und auf der Brücke winken begeistert. Es muß ein ganz schöner Schreck gewesen sein.

Ich habe jedenfalls keine Zeit darauf zu achten; mein Blick sucht den Benzinmesser. Wird es reichen? Raum. — Aber hier landen und mit dem alten Kasten nach Europa gombeln? Da würde zumindest mein Apparat draufgehen und bei diesem Seegang ziemlich wahrscheinlich auch ich selbst.

Also: Kurs Neu York...

Schon über drei Stunden Flugzeit. Kein Nebel mehr, dafür Wöden und Gegenwind.

Für vier Stunden sollte der Benzinvorrat reichen; zum mindesten hat das beim Rückflug die Benzinuhr behauptet, die auf Flugstunden geeicht ist. Jetzt ist der Zeiger längst unter den ersten Strich der Stundenabteilung gekommen; darunter zeigt er nicht mehr verlässlich.

Ziemlich peinlich, hier voraussichtlich zu erlaufen, denn zum Schwimmen ist es doch etwas zu kühl.

Wenn ich den Apparat schwer auf die Seite lege, steht schon die Benzinuhr aus und der Motor beginnt zu hupfen. Ich rechne mir aus, daß ich mich höchstens noch zwanzig bis dreißig Minuten in der Luft halten kann. Scheußliches Gefühl. Daran kann auch der Gedanke an die fünfundsiebzig nichts ändern, die jetzt wahrscheinlich

Es war zwischen 1772 und 1777. Zu Kassel führte der Landgraf Friedrich II. ein strenges Regiment, auch über den Hofjunker Freiherrn von Knigge, der damals als Adjutant bei der Krieger- und Domänenkammer in seinen Diensten stand. Er schrieb später sein weltberühmtes gewordenen Erziehungsbuch „Ueber den Umgang mit Menschen“.

Die regierende Landgräfin, Philippine Augusta Amalia, war des übertriebenen Hofes sehr satt. Deshalb veranlaßte sie häufig ganz spät am Abend, wenn der Landgraf schon lange zu Bett gegangen war, in ihren Gemächern eine kleine, frohe Gesellschaft, in der sie sich durch unterhaltliche Spiele für die Langeweile des Tages zu beschäftigen suchte.

In diesen Kreis wünschte auch der Junker Knigge aufgenommen zu werden. Und als das Schwierigste machte, entfiel es sich, die harmlosen Freuden der Gesellschaft zu fördern. Mit den Landgrafen Schatz und Nachmittage angetan, die hageren Figuren mit Weißtischen ausgefüllt, öffnete er eines Abends plötzlich die Tür des Zimmers, in dem gerade Blindstich gespielt wurde. Stürzend schüttelte er den Kopf, drohte mit dem Finger und zog sich dann mit der gewohnten Schwerfälligkeit des Herrschers zurück.

Niemand zweifelte an der Echtheit der Ermahnung. Knigge hatte alle, die an dem harmlosen Vergnügen teilgenommen hatten, des kommenden Tages, an dem sich der Jörn der Landgrafen entladen mußte. Doch kein Wöllchen des Unmuts zeigte sich auf seiner Stirn, als er in der Hofgesellschaft erschien.

Knigge lachte sich ins Häufchen und schweig zuhause. Dann aber wachte er seinen Streich doch zur Kenntnis der Landgräfin zu bringen, die sehr erfreut war, ihre Nachzügler nun wieder ohne Vorzeichen beginnen zu können. Der mutwillige Junker wurde ins Vertrauen ge-

worfen, und ohne Funktion nach Europa kommen werden.

Dabei sollte ich eigentlich nicht mehr allzumeist von der Küste entfernt sein, und doch kann ich weit und breit kein Schiff ausmachen. Dafür glaube ich ein paar mal Bradteile auf dem Wasser treiben zu sehen. Da kommt mir auch die Erleuchtung: Hier muß ein furchtbarer Orkan vorbeigekracht sein, der die See so reingeleigt hat.

Ich habe jetzt an anderes zu denken: Der Motor fängt verdächtig zu hupfen an, um sich dann einmal zu erholen. Ich weiß, daß jetzt die letzten Kraftreserven in die Zylinder gepumpt werden. Die letzten...

Minuten später sehe ich aber die Freiheitsstatue. Auf dem Flugfeld brauche ich den Motor nicht abzustellen. Die Maschine hat den letzten Tropfen Benzin verbraucht und steht ganz von selbst vor den Hangars aus. Meine Vermutung wegen des Orkans bewahrheitet sich. Auch der arme Teufel von Militärflieger, den ich auf der Suche getroffen habe, ist ihm zum Opfer gefallen. Wäre ich umgekehrt, hätte es mich wahrscheinlich auch erwischt.

Auch ein „Umgang mit Menschen“.

Ueberrückte Geschichten vom Freiherrn von Knigge.

Es war zwischen 1772 und 1777. Zu Kassel führte der Landgraf Friedrich II. ein strenges Regiment, auch über den Hofjunker Freiherrn von Knigge, der damals als Adjutant bei der Krieger- und Domänenkammer in seinen Diensten stand. Er schrieb später sein weltberühmtes gewordenen Erziehungsbuch „Ueber den Umgang mit Menschen“.

Die regierende Landgräfin, Philippine Augusta Amalia, war des übertriebenen Hofes sehr satt. Deshalb veranlaßte sie häufig ganz spät am Abend, wenn der Landgraf schon lange zu Bett gegangen war, in ihren Gemächern eine kleine, frohe Gesellschaft, in der sie sich durch unterhaltliche Spiele für die Langeweile des Tages zu beschäftigen suchte.

In diesen Kreis wünschte auch der Junker Knigge aufgenommen zu werden. Und als das Schwierigste machte, entfiel es sich, die harmlosen Freuden der Gesellschaft zu fördern. Mit den Landgrafen Schatz und Nachmittage angetan, die hageren Figuren mit Weißtischen ausgefüllt, öffnete er eines Abends plötzlich die Tür des Zimmers, in dem gerade Blindstich gespielt wurde. Stürzend schüttelte er den Kopf, drohte mit dem Finger und zog sich dann mit der gewohnten Schwerfälligkeit des Herrschers zurück.

Niemand zweifelte an der Echtheit der Ermahnung. Knigge hatte alle, die an dem harmlosen Vergnügen teilgenommen hatten, des kommenden Tages, an dem sich der Jörn der Landgrafen entladen mußte. Doch kein Wöllchen des Unmuts zeigte sich auf seiner Stirn, als er in der Hofgesellschaft erschien.

Knigge lachte sich ins Häufchen und schweig zuhause. Dann aber wachte er seinen Streich doch zur Kenntnis der Landgräfin zu bringen, die sehr erfreut war, ihre Nachzügler nun wieder ohne Vorzeichen beginnen zu können. Der mutwillige Junker wurde ins Vertrauen ge-

Don Kagen und Katern.

Ein Streifzug durch Alt-Hamburg.

Von

Bertrud Burdett-Burchard.

Das berühmte Hamburger Gängeviertel wird jetzt abgebrochen; noch steht ein kleiner Teil dieser brüchigen Romantik, in der sich das Leben der Menschen unverändert abspielt, als in bequemen, bürgerlichen Bezirken.

Sicher würden in den morschen Häusern und dem Mauerwerk, das aus den Felsen aufsteigt, Ratten und Mäuse überhandnehmen, wären ihre wachenden Feinde nicht überall vorhanden. Aber neben diesem Mäuslebensprinzip erfüllt noch etwas anderes die große Zahl der Kagen: kein Tier fähig sich so behenden in enge Verhältnisse, wie dies weiche, schnurrende Geschöpf, das schelbar gleichgültig und reineriert sich benimmt und in Wirklichkeit doch verständnisvoll am Leben der Menschen teilnimmt.

Es liegt auf den Fensterrändern der niedrigen Stuben zwischen Geranienbüschen und Vajen und blinzelt schlafig durch die kleinen Scheiben; es sitzt auf den schiefen Dachern, vor sich hindrängend oder einen Spähen belauend; es streicht an den Mauern entlang, streckt sich unbekümmert auf dem hölzernen Vlatzer hin und läßt sich von einem Vorübergehenden willig streicheln.

In der abgegrätzten, düsternen Wohnung einer armer Familie, die ich belude, läuft es zwischen blassen Kindern maulend, schnurrend in vielerlei Farben umher.

„Sind das alles Ihre Kagen?“ frage ich verwundert. „Nein“, erzählt die Frau, „die gehören dem alten Mann, dem ich die Kammer vermietet habe; jetzt ist er aus, aber die ganzen Abende liegt er mit seinen fünf Kagen und liest bei der Petroleumlampe in alten Büchern.“

„Aber fünf Kagen brauchen doch allerlei Nahrung?“ „Er geht jeden Tag nach dem Fischmarkt oder auf den Schlachthof und bittet um Abfälle.“

Sonderbare, eigenbrütliche Existenz, die dem Außenstehenden nur wie ein dunkles Schattenpiel offenbar werden. Inmitten des Lärmes der alten Straßen liegt die kleine Stube wie eine Welt für sich, erfüllt von der Liebe eines Einsamen zu dankbaren Tieren.

„Nur eine Kage“, sagt der Gleichgültige. Und doch hat jedes dieser Geschöpfe seine ausgeprägte Eigenart und erlebt sein kleines jonniges oder trübes Tier-Schicksal.

Da ist Muffi, der in einem von der Twiela abgewandten, schlafigen Hofe lebt. Ein großer schneeweißer Kater, sanft wie ein Lamm. Er sitzt in einer offenen Lücke und blinzelt herunter; auf ein paar lockende Worte hin erhebt er sich langsam, steigt die leiterartige Treppe abwärts und kommt in den Hof, um sich streicheln zu lassen.

„Ein schönes Tier“, sage ich. „Ja“, antwortet eine Frau, die vor der Haustüre Kater reinigt, „und so klug! Er kann einen Kieler Wülfing von einem Festschilling unterscheiden!“ Ganz anders das dunkelgraue Kerlchen, das nebenan im Kohnleifer wohnt; wie ein kleiner Unhold steigt er aus der Tiefe; ein, zweimal läßt er sich über das staubige Fell fahren, dann weiß er nicht mehr, wie er diesen Annäherungsversuch deuten soll und laucht drohend. Und plötzlich gleitet er wieder wie ein Schamane in die Unterwelt.

Nicht weit davon liegt der „Kagenhof“. Manche Höfe im Gängeviertel verdienen diesen Namen; in einem ganz kleinen Hof jähle ich an einem sonnigen Vormittag dreißigwanzig Kagen; einige schlurven von den Haustüren, andere kritzeln nahrungstüchtig umher, die übrigen gucken aus den Fenstern.

Im „Kagenhof“ liegt an diesem Tage nur ein einziger folschwarzer Kater mit zitronengelben Augen im breiten Koff.

„Den muß man nachts jahren hören, wenn die anderen Kater da sind“, sagt der Fährer, der in einer offenen Werkstatt arbeitet, und wirft ein Stück Holz nach ihm. Der riesige Schwarze sitzt hoch oben auf einem vorspringenden Balken wie ein Wächter und rührt sich nicht. Doch, da ist noch ein graues Kätzchen mit rotem Halsband. Es sitzt in einem dämmerigen Winkel und

Der Fürst von Pleß.

In Paris ist der 77 Jahre alte Fürst Heinrich XV. von Pleß und Gra zu Hochberg gestorben. Der Name Pleß hat in der Geschichte des Kaiserreichs eine ebenso große Rolle gespielt wie in der Volkstümlichkeit. Der Fürst Pleß, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, deutsch-schlesischer Uradel, die erste Urkunde mit diesem Namen kommt von 1185. 1850 erbte ihn der König von Preußen; Hans Heinrich XV. war der dritte Fürst von Pleß. Seine Mutter war eine geborene von Kleist. Er war in der alten Armee Major und in der Diplomatie Legationssekretär gewesen. Seine Familie stand in engen und fast freundschaftlichen Beziehungen zum kaiserlichen Hause. In den Jahren 1915/16 hatte der Kaiser auf dem Schloß Pleß sein Hauptquartier.

Das Geschlecht gehörte vor 1918 zu den reichsten Familien Deutschlands und mochte auch in Europa. Ihr Vermögen wurde auf 100 Millionen Mark geschätzt. Der Fürst hatte bei Pleß in Oberschlesien und bei Fürstentum in Niederösterreich einen landwirtschaftlichen Grundbesitz von rund 50.000 Hektar. Der größte Teil seines Vermögens machten jedoch die beträchtlichen Kohlenfelder aus. Sie sind noch längst nicht voll erschlossen, beschäftigen jedoch in Zeiten voller Förderung über 10.000 Mann. Bekannt sind auch die meisten Wälder des Fürsten Pleß, in denen auch einige der letzten Wälder sich befinden.

Der größte Teil des Vermögens, vor allem der Grubenbesitz, fiel 1922 an Polen. Der Fürst wurde als gebürtiger Pleßer durch die Teilung Oberschlesiens ebenfalls polnischer Staatsbürger. Er trat jedoch nach der Abtrennung dafür ein, daß seine deutschen Arbeiter nicht entlassen wurden. Mit zunehmendem Alter zog er sich jedoch aus der ersten Kampfeslinie zurück, und sein ältester Sohn übernahm an seiner Stelle die Leitung des deutschen Volksbundes und auch die schwierigen und aufreibenden Auseinandersetzungen mit dem polnischen Staat. Eine Aufteilung des großen Vermögens war dem polnischen Staat juristisch schwer möglich, da bis zum vergangenen Jahr auch der Pleßsche Besitz durch das Genfer Minderheitenabkommen geschützt wurde. Das Rattomaker Finanzamt errechnete jedoch eine Steuerfuhd in untragbarer Höhe, und in den darauf folgenden Rechtsauseinandersetzungen wandte sich die Familie zwar nach Genf, konnte jedoch nur einen Aufschub der Zwangsversteigerung erreichen. Im Jahre 1934 wurden die reiche Einrichtung des Schlosses Pleß gepfändet und der Gesamtbesitz unter Zwangsverwaltung gestellt. Der älteste Sohn des Fürsten mußte einen offenen Brief in der ausländischen Presse mit drei Wochen Gefängnis büßen. Die Zwangsverwaltung bedeutete für das Deutschland einen schweren Schlag; unter ihrer Herrschaft verloren zahlreiche Deutsche den Arbeitsplatz, auf den Polen einzogen. Nachdem im vergangenen Jahr auch das Genfer Minderheitenabkommen abgelaufen ist, wird in Warschau eine Regelung vorbereitet, wonach ein großer Teil des Pleßschen Wäld- und Güterbesitzes zur Begleichung eines Teiles der Steuerfuhden abgetreten werden soll. Die abgetretenen Güter sollen an — vermutlich polnische — Siedler aufgeteilt werden. Die der Familie Pleß noch verbleibenden Besitzungen sollen in den Besitz zweier Aktiengesellschaften übergeben. An ihnen will der Staat so lange beteiligt bleiben, bis der letzte Rest seiner Forderungen beglichen ist.

Der Fürst war in erster Ehe mit Frau Daisy-Mary Cornwallis West aus dem Hause der Lords de la Warr verheiratet. Sie ist in Deutschland nach dem Kriege durch ihre sehr offenherzigen Erinnerungen bekannt geworden. Nach seiner Scheidung hat der Fürst 1925 Clothilde de la Silva aus dem Hause der Marchese de Arcoirac geheiratet. Aus der ersten Ehe hatte der Fürst drei Söhne. Der älteste war jetzt als Hans Heinrich XVII. Fürst von Pleß, er ist 33 Jahre alt, ist Dr. rer. pol. und Präsident des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien. Seine Frau ist Maria von Schönborn, geborene Freiin von Berchheim. Der zweite Sohn heißt Alexander und trägt den Titel des Grafen von Hochberg; er war für kurze Zeit verheiratet mit der Prinzessin Helena von Rumänien. Der dritte Sohn ist Graf Rolf.

Der Fürst lebte in den letzten Jahren meist auf seiner Besitzung Fürstentum im Reich. Seine Beisetzung erfolgt auf seinen Wunsch in Pleß.

Ein Film, der ein Jahr im Meerwasser gelegen hat.

Am 16. September 1936 überreichte das Expeditionsschiff des französischen Forschers Dr. Charcot, der eben von Grönland zurückgekommen war, in der Nähe von Island, 39 Expeditionsmitglieder landen den Tod. Vor einigen Monaten wurden nun im Sand des Meeres, der regelmäßig bei Flut überflutet wird, einige Filme der Expedition gefunden. Ein französischer Kriegsberichterstatter, der in der Filmindustrie tätig ist und als besonders gewissenhafter Arbeiter gilt, wurde mit der Entdeckung der Filme beauftragt. Er wälzte die Filme einige Stunden lang mit fließendem Wasser, um den Sand und auch die Salzkruste aus der Bromsilberhülle zu entfernen. Und tatsächlich ließ sich heraus, daß das rote Schupapier und die Filmrollen ihre Schuttaußen auch gegen die Sand und Meerwasser erfüllt hatten. Die Filme sind losen in einem Pariser Kino gelandet. Es waren natürlich keine Parabelfilme. Insbesondere die Kader waren angegriffen, aber es gab doch klare Bilder von der Küste und auch von dem Leben und Treiben einiger der umgekommenen Befehlungsmitglieder.

Kurze Notizen.

Der Kaiser ohne Krone.

Der Kaiser von Japan hat keine Krone. Die kaiserlichen Regalien bestehen aus einem Schwert, einem Spiegel und einem Goldstein.

Der Hühnerreford.

In Athaca (USA) haben zehn Hennen einen Regeford aufgestellt. Sie haben in 51 Wochen 3082 Eier gelegt. Man hat ausgerechnet, daß jedes Huhn in dieser Zeit das eigene Gewicht an Eiern produziert.

Das Gewissen schlägt spät.

In Niagara Falls erhielt ein Händler von unbekannter Seite den Betrag von einem Dollar zugesandt. Der ungenannte Abnehmer gestand, vor 30 Jahren eine Tüte mit Nüssen gestohlen zu haben.

Gefährlicher Mauna Loa.

Der Riesenvulkan Mauna Loa auf Hawaii soll vor einem neuen Ausbruch stehen. Man bemüht sich schon jetzt, Dämme zu errichten, durch die die Lavaströme abgelenkt werden können.

Sie waren bieder.

Die Pferde, die um das Jahr 3000 v. Chr. in Mesopotamien als Haustiere gehalten wurden, sollen beträchtlich bieder und größer als die heutigen arabischen Zuchtpferde gewesen sein.

Der Sou soll sterben.

Eine der ältesten Münzen Europas ist der französische Sou, der dem Wert von 5 Centimes entspricht. Er soll jetzt verschwinden, weil seine Herstellungskosten seinen Wert beträchtlich übersteigen.

Man drückt nur auf den Knopf.

Ein in Amerika lebender Schwede hat ein Gewehr mit einem einfachen Druckknopf konstruiert. Der Druck auf den Knopf macht eine Feder frei, die ihrerseits dem Stift auslöst, der das Geschoss zur Explosion bringt.

öln

16. Februar

den Bauern.

Landes-Ordnungs- und

genenul.

blatt.

Musikfests des Jule

ster Weber.

den Leben.

Postillon. Ein Epid

malen und Viehern von

es. Grauer, meist auf

es. Firma Stamer und

es. Ralpar Bornemann.

Musikfests des Jule

es. Suppe. Ein Jule

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

es. Muff. Muff. Muff.

Mangels Beweises freigesprochen.

Kunst ist nach wie vor mit hoher Wahrscheinlichkeit als der Täter anzusehen. — Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Sicherungsverwahrung beantragt.

8. Wochelt, 12. Februar.
Gestern mittag wurde nach vierstündiger Verhandlung im Prozeß wegen des Raubüberfalls vom Jahre 1931 im Wochelt Stadtwald der Angeklagte Josef Kunst mangels Beweises freigesprochen. Dieser Ausgang des Prozesses wird gar manchen Leser überraschen, wenn er auch für die „Eingeweihten“ nicht so unverständlich ist. So sehr auch der Angeklagte selbst mit dem Urteil zufrieden sein wird, so wenig ist ihm in der Urteilsbegründung deutlich genug bezeugt, daß er nach wie vor mit hoher Wahrscheinlichkeit als der Täter anzusehen ist. Davon sind wohl alle überzeugt, die der vierstündigen Verhandlung objektiv gefolgt sind. Leider ließ sich die Reite des Beweises nicht restlos schließen, weil eben Aussage gegen Aussage und Eid gegen Eid stand. In einem solchen Falle aber müßte der alte Rechtsgrundsatz „In dubio pro reo“ — im Zweifel für den Angeklagten — Anwendung finden.

Auf eines aber muß an dieser Stelle noch mit allem Nachdruck hingewiesen werden. Wenn auch der Täter nicht restlos überführt werden konnte und darum

mangels Beweises freigesprochen werden mußte, so ist doch durch die Verhandlung unumstößlich festgestellt worden, daß der Raubüberfall sich tatsächlich ereignet hat. Mit Entschiedenheit hat das Gericht die Meinung des Angeklagten, der Überfall könne fingiert sein — eine Meinung, die beinahe nie in der Geschichte der Justiz vorgekommen ist, zurückgewiesen und damit den Stadtfürstern Elmemann, der unter dem Überfall wahrhaftig genug gelitten hat, vollständig rehabilitiert. Wie notwendig diese Bemerkung ist, beweist die Tatsache, daß noch gestern wieder diese Behauptung aufgetaucht, Elmemann sei, während alle übrigen Zeugen am Donnerstag entlassen worden seien, allein „festgehalten“ worden, woraus der Schluss gezogen wurde, daß E. immer noch seine rechte Wette habe. Hierzu ist zu bemerken, daß E. lediglich deshalb gestern morgen noch zur Verurteilung gehalten wurde, weil nach der Kriminalbeamte Sch. vernommen wurde, dessen Aussagen diejenigen Elmemanns ergänzen sollten.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen, die nichts Wesentliches ergab, begannen die Plädoyers.

Der Staatsanwalt hat das Wort.

Der Staatsanwalt leitete sein Plädoyer mit dem Sprichwort ein: „Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt ans Licht der Sonne“ und fährt dann etwa fort: Fast sieben Jahre lang hat der Angeklagte und sein Anhang es verstanden, die Behörden irre zu führen durch Zeugenaussagen, die entweder bewußt oder unbewußt falsch waren. Endlich sind wir soweit, daß wir in diesem schwierigen Prozeß einmütig Klarheit sehen. Der Staatsanwalt schildert dann kurz den Vorgang der Tat und hebt hervor, wie der Zeuge Elmemann vom ersten bis zum letzten Tage immer mit aller Bestimmtheit erklärt habe: „Dieser Kunst ist der Täter und niemand anders.“ E. sei ein Mann, der schon von Berufs wegen sich Leute genauer ansehe, zumal wenn er ihnen in gefährlicher Situation gegenüberstehe. Wenn ein solcher Mann sage: „Dieser Mann ist der Täter und niemand anders“, dann liege es etwas anderes, als wenn das ein anderer sage. Hinzu komme, daß der Angeklagte kein Alltagsgeistes habe, im Gegenteil: sein Geist könne man nicht so leicht verwechseln, das präge sich einem ein, wenn man es einmal gesehen habe. Die Aussagen des Zeugen E. würden gestützt durch die Beobachtungen des Zeugen We., der aber nicht ein so genauer Beobachter sei wie E.

Dem Zeugen E. ständen nun Menschen wie Raint, Tüß, und Ga. gegenüber, deren Glaubwürdigkeit das Gericht schon dadurch zum Ausdruck gebracht habe, daß es die Genannten nicht verurteilt habe. Die Aussagen des Zeugen Ga. und der von ihm benannten Zeugen stimmten auf den ersten Augenblick derart verblüffend überein, daß man sich fragte: Wie ist das möglich? Um dies zu verstehen, müsse man sich in die damalige Zeit zurückversetzen. Mit den drei Schlagworten: Arbeitslosigkeit, Schmutz und SPD. sei das Milieu gekennzeichnet, in dem diese Zeugen damals zum größten Teil lebten. Jedes einzelne dieser drei Elemente habe dem Zeugen Ga. eine gewisse Gewissenslast aufgegeben. Ga. gehörte damals zu jenen, die keine Aussage und diejenigen, die von ihm benannten Zeugen mit außerordentlicher Vorsicht zu genießen. Aus der Tatsache, daß Ga. und verurteilt war, erfuhr man, daß sie ihm helfen, ihn „aus der Panne helfen“ wollten. Als Antwort auf die Frage, was sie dabei gedacht hätten, als sie den Raub Geld in der Hand des Angeklagten sahen, erklärten die Zeugen einfach: „Ich habe mir nichts dabei gedacht!“ Diese Antwort ist typisch für diese Zeugen, die einen Raub mit Geldscheinen sahen und sich nichts dabei dachten.

Der Staatsanwalt führt weiter aus, es sei bekannt, daß Zeugen bei der Polizei sehr oft den Mund recht voll nehmen, weil sie auf dem Standpunkt stehen, bei der Polizei könnten sie ruhig die Unwahrheit sagen.

Diese Leute dachten aber gar nicht daran, daß sie sich dadurch unter Umständen der Begünstigung schuldig machten. Wenn man sich dieses alles überlege, so fährt der Staatsanwalt fort, dann müsse man erhebliche Bedenken gegen die Aussagen dieser Leute haben, vor allem auch, was die Zeitangaben dieser Leute, die damals arbeitslos gewesen seien, betrafte. Nun seien die Zeugen, die den Angeklagten gesehen hätten, im Februar 1937 ganz zusammengefallen, wo sie alle etwa erklärten: „Wir haben das zwar damals so gemeint, aber genau können wir das nicht mehr sagen“. Heute behaupteten die Zeugen, es seien ihnen die früheren Aussagen sozusagen unter Drogenen eingeprägt worden. Das sei aber um so merkwürdiger, als diese Zeugen jetzt außerordentlich viel mehr ausgesagt hätten, als zur Sache selbst gehöre. Auch vor dem Untersuchungsrichter hätte z. B. der Zeuge Ga. sagen müssen, daß er nichts mehr davon wisse und unter keinen Umständen behaupten könne, daß Kunst zu der fraglichen Zeit bei ihm im Geschäft gewesen sei. Das sei der beste Beweis dafür, daß es nicht so sei, wie die Zeugen es jetzt darzustellen veruchten. Im übrigen sprächen die Aussagen der Kriminalbeamten gegen die Behauptungen dieser Zeugen.

Im einzelnen perspektiviert der Staatsanwalt die Aussagen dieser Zeugen, die alle die Tendenz hätten, den Angeklagten unter allen Umständen zu bedecken. Eins aber sei sicher: Auf diese Zeugen sei seit Februar 1937 mit allen Mitteln eingewirkt worden, um sie zu beeinflussen, daß sie ihre Aussagen widerriefen. Daraus er-

gebe sich, daß sie auch im Jahre 1931 bei der Polizei zum mindesten außerordentlich leidenschaftliche Angaben gemacht hätten. Mit Nachdruck fragt hier der Staatsanwalt:

„Sind diese Aussagen in der Lage, die eindeutigen Befundungen des Zeugen E. aus der Welt zu schaffen, sie zu widerlegen? Der Staatsanwalt verneint die Frage, zumal da E. ja nicht allein mit seiner Aussage stehe, die durch alle möglichen anderen Dinge gestützt werde.“

Zunächst durch den Angeklagten selbst, der ein Lügner sei, dem man kein Wort glauben könne. Von Jahr zu Jahr mehrte sich sein Strafregister: er wurde von einem Dieb zum Betrüger und Räuber und schließlich zum Zuchthäuser. Die Aussagen des Angeklagten zu seiner Tat strotzen vor Lügen. Ein Mann, der in seinen Einlassungen derart wechselt, habe keine rechte Wette, der müßte mit dieser Tat in Zusammenhang stehen. So habe der Angeklagte angeblich seiner Frau 140 Mark gegeben, die er von We. bekommen haben will, was aber nicht zutrifft. Andererseits wisse man, daß er bei Ga. mit Geld gepöbeln und er hierbei erklärt habe, das sei ein 20 Minuten-Geschäft gewesen, es habe geklappt. Woher er das Geld wirklich bekommen habe, dafür habe er keine Erklärung abgeben können.

Die Verantwortung dieser Frage zwingt zu dem Schluss, daß der Angeklagte mit dem Raubüberfall auf E. etwas zu tun haben müsse.

Im einzelnen legt der Staatsanwalt hier die Gründe

Das Plädoyer des Verteidigers.

Der Offizial-Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Mühleneisen, beantragt, den Angeklagten freizusprechen. Die Tatsachen, die zugunsten des Angeklagten sprächen, seien zu klar, als daß man an einem Freispruch vorbeikomme. Eingehend beleuchtet der Verteidiger zunächst die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten, der ein bemitteltes, ruhiges Mensch sei, der auf Eindrücke spontan reagiere. Wenn auch der Angeklagte dank seiner Vorstrafen jenseits der sozialen Schranken stehe, so lägen doch keine tatsächlichen Delikte wie Betrug, Unterschlagung usw. auf dem Gebiet der sogenannten intellektuellen Delikte. Nach Ansicht des Verteidigers ist der Angeklagte viel zu feige, als daß er eine Pistole auf einen Menschen richte. Er habe, wie man von Zeugen gehört habe, einen großen Mund, aber eine solche Tat ließe ihm nicht zuzutrauen. Der Verteidiger kommt sodann auf die beantragte Sicherungsverwahrung zu sprechen, die doch wohl nicht infrage kommen könne, da der Angeklagte seit März 1932 mit Ausnahme einer kleineren Sade im Jahre 1937 nicht mehr straffällig geworden sei. Der Verteidiger weist noch darauf hin, daß das Verfahren bereits einmal durch die Beschlußnahme des Landgerichts eingestellt worden sei. Heute, nach drei Verhandlungstagen, ließe die Lage für den Angeklagten viel günstiger als damals, weil die Entlassungszeugen ihre Aussagen bekräftigt hätten. Im übrigen ständen sich die Zeugen auszusagen wie zwei Pole gegenüber, die sich gegenseitig ausschließen. Vor allem aber schließe der Alibi-Beweis, den der Verteidiger fürbracht, die Täterhaft des Angeklagten aus. In seinen weiteren Ausführungen betont der Verteidiger, daß er es sich erlaube, auf die Widersprüche, die auf beiden Seiten lauten, näher einzugehen. Es sei jedenfalls nicht der Beweis erbracht, daß das Geld, das der Angeklagte gehabt habe, aus dem Raubüberfall stamme. Im einzelnen beleuchtet der Verteidiger dann noch die Aussagen der Belastungszeugen, worauf er die Aussagen der Zeugen Ga., Ma. und We. wertet, die verurteilt worden seien. Es spreche jedenfalls nichts dagegen, daß sie die Wahrheit gesagt hätten.

Zusammenfassend stellt der Verteidiger fest, daß durch den Alibi-Beweis unersetzlich bewiesen sei, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat bei Ga. und nicht im Stadtwald gewesen sei. Es sei geklärt, daß der Raub stattgefunden habe, aber es sei nicht geklärt, wer der Täter sei.

Der Angeklagte, der das letzte Wort hat, bleibt dabei, daß er nicht der Täter sei, und bittet ebenfalls um Freispruch.

Nach einseitigstündiger Beratung verkündet das Gericht

Das Urteil:

Der Angeklagte wird auf Kosten der Reichskasse freigesprochen. Der Haftbefehl wird aufgehoben.

In der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende zunächst fest, daß kein Zweifel daran bestehen könne, daß der Raubüberfall am 16. Oktober 1931 im Stadtwald stattgefunden habe, was durch das Zeugnis des Stadtfürstern Elmemann in Verbindung mit der Aussage des Zeugen We. bewiesen sei. Was We. bekundet habe, könne er sich nicht aus den Fingern ziehen haben. Da zu komme die Persönlichkeit des Elmemann, gegen den auch nicht die geringsten Bedenken in der Urteilsbegründung getreten seien. Die Unterstellung des Angeklagten, daß der Überfall fingiert sein könne, weist das Gericht entschieden zurück: Er sei in keiner Weise als erwiesen anzusehen. Wenn man nun die Frage prüfe:

Wer ist der Täter?

dann sprächen sehr erhebliche Verdachtsmomente für den Angeklagten. Zunächst sprächen die Aussagen des Elmemann dafür, der immer wieder mit Bestimmtheit erklärt habe, daß nur der Angeklagte als Täter infrage komme. Belastet für den Angeklagten sei weiter die Aussage des Zeugen We., der sich allerdings nicht so bestimmt wie E. ausgesprochen habe. Auch die Zeugen T. und Sch. hätten nach der Tat eine verdächtige Person beobachtet; es sei nicht ausgeschlossen, daß nach der Befragung dieser Zeugen der Angeklagte diese Person gemeint ist. Der Zeuge Di. habe vor der Tat in der Nähe des Tatortes eine ver-

dächtige Person und nicht weit entfernt davon zwei bis drei weitere Personen gesehen; dieser Zeuge habe den Angeklagten, den er bereits kannte, erkannt. Gegen den Angeklagten spräche auch die Ungelegenheit mit dem Fahrrad. Der Täter habe ein Fahrrad benutzt, das am Tage vorher in der Stadtmauer gestohlen worden sei. Hier aber sei der Angeklagte zu der fraglichen Zeit von Zeugen gesehen worden. Vor allem aber komme hinzu, daß der Angeklagte mit seinen 18 Vorstrafen kein unbeschriebenes Blatt sei; er sei ein verurteilter Mensch, der sich aus den Leuten verlege und immer gleich mit einer Ausrede zur Hand sei. Die Tat könne ihm daher schon zugetraut werden. Schließlich spreche auch noch der Besitz des Geldes am Tage der Tat

Zusammenfassend stellt der Staatsanwalt fest, der Angeklagte sei der Täter; er habe sich des schweren Raubes schuldig gemacht, weil er bei diesem Überfall eine Waffe bei sich trug.

Der Angeklagte sei daher zu bestrafen. Beim Strafmaß sei die Persönlichkeit des Angeklagten zu beurteilen. Mildernde Umstände sehe das Gericht hier gar nicht vor, und sie seien auch bei diesem Angeklagten wirklich nicht angedacht, der bereits 18 mal, darunter erheblich, verurteilt sei. Kurz vor der zur Verhandlung stehenden Tat habe er eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt; wie sie gewirkt habe, das zeige das zur Verhandlung stehende Verbrechen. Es mildernd könne man höchstens die damaligen Zeitverhältnisse anführen, die eine Verrohung der Sitten und ein Vordringen aller moralischen Anschauungen mit sich gebracht hätten. Erwährend aber sei die Reize und Zahl der Vorstrafen.

Der Staatsanwalt beantragt 8 Jahre Zuchthaus.

die er als hinreichende Sühne für das schwere Verbrechen ansehe. Durch diese Tat habe sich der Angeklagte selbst aus der Gemeinschaft aller ehrlichen Deutschen ausgeschlossen, weshalb er Verurteilung der öffentlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren beantragt. Und da der Angeklagte als gewöhnlicher Straftäter anzusehen sei, beantragt der Staatsanwalt schließlich noch die Sicherungsverwahrung, die der neue Staat eingeführt habe, um die Menschheit vor Gewohnheitsverbrechern zu befreien.

Aus der Umgegend.

Amt Pledern-Werth.

Ortsgruppe Pledern-Lowick der NSD.

Am Sonntag „Bunter Abend“.

a. Wir möchten nicht vergessen, nochmals auf den am morgigen Sonntag um 17.00 Uhr im Ziegenheim Pledern stattfindenden „Bunter Abend“ hinzuweisen. Allen, die Lust haben, sich an der Veranstaltung zu beteiligen, ist es zu empfehlen, sich rechtzeitig zu melden. Die Veranstaltung bringt uns die Verlosung noch manche Überraschung bringen. Zwischen den Darbietungen wird auch ein kleines Lotterielos ausgeteilt. Alle Volksgenossen werden deshalb gebeten, sich an der Veranstaltung zu beteiligen und durch ihren Besuch mitzuhelfen an der Erfüllung der großen Aufgaben des Winterhilfswerkes. Der Eintritt beträgt nur 50 Pfg. je Person. — Der Saal wird um 16.30 Uhr geöffnet.

Morgen Eintopfsammlung.

a. Auch in unserer Ortsgruppe findet am morgigen Sonntag wieder die Eintopfsammlung statt. Alle Volksgenossen werden gebeten, auch diesmal wieder nach besten Kräften zu opfern, damit die Sammlung in diesem Monat die vom vergangenen Monat noch übertrifft. Zeige jeder durch seine Spende, daß er sich in die große Front zum Kampf gegen Hunger und Kälte eingereiht hat.

Spork

Gefängnis wegen Vergehens gegen das Diebstahlsengesetz.

Trotz der großen Aufklärungsarbeit des Reichsnährstandes über die erheblichen Gefahren der Maut- und Klauenleuchte für die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes hielt es die Angeklagte J. Kr. aus Spork nicht für nötig, die Behörden von dem Ausbruch der Maut- und Klauenleuchte auf ihrem väterlichen Gehöft in Kenntnis zu setzen. Vielmehr wollte sie die Gefährdung ihrer Volksgenossen gefährden, als auf die Lieferung der verurteilten Milch an die Molkerei verzichtete. Auch besteht die Vermutung, daß infolge ihrer handlungsweise eine Verbreitung der Seuche in der Gemeinde Spork erst ermöglicht wurde. Erst als sie eines Morgens eine Kuh verendet im Stall vorfand, ließ sie einen Tierarzt kommen, der dann feststellte, daß die Seuche schon im Stadium des Abheilens begriffen war. Vor dem Gosselhof Schöffengericht glaubte die Angeklagte sich mit der Behauptung, nichts von dem Ausbruch der Seuche gewußt zu haben, herausreden zu können. Zeugenaussagen bewiesen aber das Gegenteil. Die Angeklagte wurde darum wegen Vergehens gegen das Viehseuchengesetz zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt.

Sunderwick

Preisbillard zugunsten des WDR. Das am vergangenen Samstag in Sport begann, wird am heutigen Samstag ab 19 Uhr und am morgigen Sonntag ab 11 Uhr im Lokale Janßen (Sunderwick) fortgesetzt.

Oma Wolters 70 Jahre alt.



Am heutigen Samstag wird Oma Wolters, Dinsperloer Straße 40a, 70 Jahre alt. Sie ist noch sehr rüstig, was am besten dadurch bewiesen wird, daß sie noch Tag für Tag ziemlich weite Spaziergänge macht. Mögen ihr noch viele Jahre besten Wohlbefindens beschieden sein. Das ist unser Wunsch beim Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt. Privatbild.

gegen ihn, zumal da er über die Herkunft des Geldes keine genügende Auskunft geben könne.

Zusammenfassend stellt der Vorsitzende an dieser Stelle fest, daß der Angeklagte mit hoher Wahrscheinlichkeit der Täter ist.

Aber zu seinen Gunsten sprechen die Befundungen der Zeugen Ga., Ma. und We., die gestützt werden durch die Befundungen der Zeugen No., Fr. Be. und Fr. Diese Zeugen haben bei ihrer ersten Vernehmung ausgesagt, daß sie den Angeklagten um die fragliche Zeit im Geschäft bei Ga. gesehen haben. Wenn diese Aussage richtig ist, dann kann der Angeklagte nicht der Täter sein. Gegen die Befundungen dieser Zeugen sind keine wesentlichen Gesichtspunkte vorzubringen. Gegen den Zeugen Ga. spreche zwar, daß bei ihm kein außerordentliches Publikum verkehre. Nichts spreche aber gegen die Befundungen der Zeugen Ma. und We., an denen man nicht herumkomme. Die übrigen Zeugen No., Be. und Fr. füllen diese Lücken, die später vor der Kriminalpolizei ihre Aussagen unter einem durchaus zufälligen Druck gemacht hätten. Das Gericht ist aber, wie der Vorsitzende weiter betont, nicht der Aufstellung, daß durch die Befundungen der Zeugen ein voller Alibi-Beweis erbracht sei. Dagegen spreche manches. Damals liege bei Ga. sehr viel über die Dinge gesprochen worden. Es sei vielleicht der Verdacht nicht ganz unberechtigt, daß das, was die Zeugen beobachtet haben wollen, auf Erzählungen beruhe. Wenn der Alibi-Beweis erbracht worden wäre, dann hätte der Angeklagte wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden müssen. Es sei aber mehr als noch gegen den Angeklagten ein voller Beweis erbracht worden, wes halb das Urteil auf Freisprechung mangels Beweises lauten mußte.

Aus Dingden.

Tagung der politischen Leiter.

Im oberen Saale des Pa. Hengsternmann zu Dingden fand eine Tagung aller politischen Leiter der Ortsgruppe Dingden statt, die recht gut besucht war. Ortsgruppenleiter Pa. K. H. eröffnete die Tagung und führte u. a. folgendes aus: Der 30. Januar ist wieder an uns vorübergegangen und dieser denkwürdige Tag des Jahres 1933 ist allen noch in Erinnerung; denn am jenseitigen Jahrestage denke man sich zurück an die vergangenen Jahre der Regierung Adolf Hitlers, die in dieser Zeit so großes und erhebendes für ihr Volk geleistet habe. Dieses alles sei nur möglich gewesen durch den Gemeinschaftsgeist, alles einzugehen und seine höchste und heiligste Pflicht im Dienste des Volkes zu sehen. Jeder solle handeln im Sinne des Führers und sich nicht verschließen, eine Spende oder ein kleines Opfer für das Volk zu bringen, dann zeige er wahres Christentum. Am nächsten Sonntag finde wieder die Eintopfsammlung statt, die durch die politischen Leiter der Ortsgruppe durchgeführt werde. Jeder Hohlleitsträger möge sich in den Dienst der guten Sache stellen und sich dafür einsetzen, das Ergebnis so zu steigern, daß es alle bisherigen übertrifft. Weiter wurde im Laufe der nächsten Woche das Opferbuch wieder ausgelegt. In diesem Jahre soll dieses von den Helfern durchgeführt werden und zwar sollen diese in Jelle von Haus zu Haus gehen, um den Volksgenossen Gelegenheit zu geben, sich persönlich in dieses Buch einzutragen zu lassen. Die Bevölkerung wird gebeten, sich tatkräftig für dieses große Werk einzusetzen. Weiter gab Pa. K. H. bekannt, daß die Geschäftsstelle der Partei sich am Sonntag nicht mehr im Amishause Dingden, sondern bei dem Pa. Franz G. u. s. befinde, wo man zwei besondere Räume dafür hergerichtet habe. Auch die Geschäftsstellen der NSD und WDR befinden sich in Zukunft dort. Jeder, der etwas auf dem Herzen hat, möge zu diesen Sprechstunden erscheinen. Die Sprechstunden sind wie folgt: Dienstags und Freitags von 18 bis 20 und Sonntags von 9-10 Uhr.

Eine Ehrenkrone ist das Alter.

Am heutigen Samstag feiert Herr Bernhard Siemen aus Norddorf seinen 79. Geburtstag. Er erfreut sich noch einer guten körperlichen und geistigen Rüstigkeit. Auf seinem Hofe verrichtet er noch immer die Arbeiten in Haus und Hof. Seit nahezu 40 Jahren ist er Leiter des „Volkshauses“. Wir wünschen dem Geburtstagskind weiterhin einen sorgenfreien Lebensabend.

Der Gesangsverein Dingden (Gemischter Chor) veranstaltet am morgigen Sonntag im Saale des Herrn J. Meteling ein öffentliches Konzert. Der Verein wird ein abwechslungsreiches Programm unter Mitwirkung des Streichorchesters der Kapelle Hertrids (Vodol) bringen. Den Besuchern bietet sich daher Gelegenheit, einige herrliche Stunden bei Gesang und musikalischen Darbietungen zu erleben.

Ja, ja, der Eintopf.

der Eintopf ist schuld daran...



Er: Herr Doktor, mein Magen!!! — Wissen Sie, der ist ja so empfindlich, und dann gestern der Eintopf...
Sie: Ja, ich habe ihm gleich gesagt, er soll nicht so viel von dem fetten Schweinebraten essen, aber er hört ja nicht.